

Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung

3., überarbeitete und erweiterte Auflage 2022

ISBN 978-3-406-76372-4

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Eckhart Müller/Reinhold Schlothauer/Christoph Knauer(Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Strafverteidigung


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Münchener Anwalts Handbuch Strafverteidigung

Begründet von

Prof. Dr. Gunter Widmaier (†)

weiland Rechtsanwalt in Berlin
Honorarprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Herausgegeben von

Prof. Dr. Eckhart Müller

Rechtsanwalt und Fachanwalt
für Strafrecht in München
Honorarprofessor an der Universität Passau

Prof. Dr. Reinhold Schlothauer

Rechtsanwalt und Fachanwalt
für Strafrecht in Bremen
Honorarprofessor an der Universität Bremen

Prof. Dr. Christoph Knauer

Rechtsanwalt in München
Honorarprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

unter Mitarbeit von

Dr. Matthias Schütrumpf

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht in München

3., überarbeitete und erweiterte Auflage 2022



Zitiervorschlag: MAH Strafverteidigung/Bearbeiter § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 76372 4

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
Druck und Bindung: Eberl & Koesel GmbH & Co.KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Gunter Widmaier hat im Vorwort zur 1. Auflage des „Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung“ im Juli 2006 ausgeführt, es solle die gesamte Spannweite der Aufgaben der Strafverteidigung erfasst werden, von den ersten Ermittlungen bis zur Rechtskraft. Mit Ausnahme der im „Münchener Anwaltshandbuch Verteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen“ behandelten Bereiche werden alle anderen wesentlichen Spezialgebiete der Strafverteidigung und darüber hinaus auch die klassischen forensischen Wissenschaften sowie die wesentlichen Bereiche der Kriminaltechnik behandelt.

Diese bewährte Grundkonzeption wird auch 15 Jahre später in der 3. Auflage entsprechend fortentwickelt. Das Inhaltsverzeichnis wurde teils gestrafft, teils um neue und aktuelle Beiträge erweitert, so um „Verwertungsverbote“ in § 24.

Zu dem langjährigen und erfahrenen Autorenteam ist eine Reihe weiterer kompetenter und praktisch und wissenschaftlich ausgewiesener Strafrechtsexperten hinzugekommen. Zu danken ist auch den Spezialisten des Bundeskriminalamts, die sich die Zeit genommen und die Mühe gemacht haben, die Strafverteidiger über die Grundlagen und Besonderheiten der Kriminaltechnik und Spurensicherung aufzuklären.

Seit Erscheinen der 2. Auflage 2014 sind vielfältige strafrechtliche Gesetzesänderungen erfolgt, deren teils blumige Überschriften im Gegensatz zum tatsächlichen restriktiven Gehalt der Neuregelungen stehen. Einschränkungen von Beschuldigtenrechten können nicht zurückgedreht werden. Im „Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung“ wird jedoch versucht, den liberalen Gehalt des Strafverfahrens zu betonen, die Verteidigungsaufgaben zu beschreiben und die Beschuldigteninteressen möglichst auszuschöpfen.

Die einschlägige Rechtsprechung ist bis Juni 2021 berücksichtigt.

Als Herausgeber haben wir sämtlichen Autoren zu danken, die nicht nur herausragende Beiträge verfasst, sondern auch die vorgegebenen Abgabefristen eingehalten haben.

Wie schon bei der 2. Auflage hat uns Herr Rechtsanwalt Dr. Matthias Schütrumpf insbesondere im Hinblick auf die kriminaltechnischen Beiträge unterstützt und wir danken ihm sehr herzlich dafür. Unser Dank gilt ebenfalls der unermüdlichen Frau Gabriele Atzenhofer und den Herren Dr. Thomas Schäfer und Dr. Burkhard Schröder, die verlagsseitig mit großer Geduld und Professionalität auch die 3. Auflage des „Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung“ begleitet und dessen zügiges Erscheinen bewerkstelligt haben.

München und Bremen, im August 2021

Eckhart Müller

Reinhold Schlothauer

Christoph Knauer

Vorwort zur 1. Auflage

Die gesamte Spannweite der Aufgaben der Strafverteidigung will dieses Handbuch erfassen. Erörtert werden die Aufgaben der Strafverteidigung in allen Abschnitten des Verfahrens, von den ersten Ermittlungen bis über die Rechtskraft einer Entscheidung hinaus, die ideellen und technisch-wirtschaftlichen Grundlagen der Strafverteidigung, ihre Möglichkeiten und ihre Risiken und – mit Ausnahme der Verteidigung in Wirtschaftsstrafverfahren, mit der sich das von *Klaus Volk* herausgegeben „Münchener Anwaltshandbuch Verteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen“ befasst – die wesentlichen Spezialgebiete der Strafverteidigung. Erörtert werden vor allem auch die klassischen forensischen Wissenschaften – Rechtsmedizin, Toxikologie, forensische Psychiatrie und Psychologie – und wichtige Felder der Kriminaltechnik und der Spurensicherung. Die Fülle des Stoffes (dessen Auffächerung in immerhin 84 Kapitel sich nahezu von selbst ergab) erklärt den großen Umfang.

Das Handbuch ist von Praktikern für Praktiker geschrieben und will vernünftige und weiterführende Hinweise für die vielfältigen Probleme und Aufgaben der täglichen Arbeit einer Anwaltskanzlei mit strafrechtlichem Schwerpunkt oder doch gewichtigem Einschlag geben – aber gerade auch für solche Situationen, in denen das Unerwartete und Unvorhergesehene geschieht. Die langjährige Erfahrung der Autorinnen und Autoren auf ihren jeweiligen Fachgebieten bietet die Gewähr dafür, daß der Benutzer auch für solche Situationen Handreichungen erhält. Die Ausrichtung der rechtlichen Erörterungen an der höchstrichterlichen Rechtsprechung folgt aus der Natur der Sache. Im Alltag des Strafverfahrens werden die Verteidigerin und der Verteidiger im Interesse ihrer Mandanten zunächst einmal vom strafprozessualen „Ist-Zustand“ auszugehen haben. Die Fälle, in denen es einer Strafverteidigerin oder einem Strafverteidiger gelingen kann, durch eine originelle, aber überzeugende Argumentation zur Fortbildung des Rechts beizutragen, sind zu spärlich gesät, als dass ein Handbuch mit dem Anspruch des vorliegenden Werks seinen Schwerpunkt auf eine vielleicht dogmatisch stringente, aber an den Erfordernissen des Alltags weitgehend vorbeigehende Durchdringung und Kritik dieses „Ist-Zustandes“ legen dürfte.

Als Herausgeber danke ich den Mitautoren für ihre in eindrucksvoller Weise neben dem Berufsalltag bewältigte Arbeit. Mein Dank gilt zugleich dem Verlag C. H. Beck und hier zuvorderst den Herren *Dr. Thomas Schäfer* und *Dr. Burkhard Schröder* für ihr geduldiges (bei Bedarf auch nachdrückliches) Engagement für das Entstehen des Handbuchs. Für Anregungen und Kritik sind Autoren, Herausgeber und Verlag dankbar.

München, im Juli 2006

Gunter Widmaier

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	XI
Bearbeiterverzeichnis	LI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	LVII

Teil A. Allgemeine Grundlagen der Strafverteidigung

§ 1	Zur Stellung des Strafverteidigers (<i>Knauer</i>)	1
§ 2	Das Mandatsverhältnis Vom Umgang mit dem Mandanten und der Justiz (<i>Tsambikakis</i>)	32

Teil B. Verteidigung in den einzelnen Abschnitten des Strafverfahrens

§ 3	Ermittlungsverfahren (<i>Schlothauer</i>)	59
§ 4	Untersuchungshaft (<i>König</i>)	161
§ 5	Zwischenverfahren (<i>Wehnert</i>)	240
§ 6	Vorbereitung der Hauptverhandlung (<i>Kempff/Oesterle</i>)	281
§ 7	Hauptverhandlung (<i>Krause</i>)	318
§ 8	Plädoyer (<i>König</i>)	423
§ 9	Die Hauptverhandlung im Blickwinkel der Revision (<i>Norouzi</i>)	445
§ 10	Strafverfahren vor den Amtsgerichten, Strafbefehlsverfahren und beschleunigtes Verfahren (<i>Nobis</i>)	533
§ 11	Berufungsverfahren (<i>R. Chasklowicz/A. Chasklowicz</i>)	572
§ 12	Revisionsverfahren (<i>Dahs/Müssig</i>)	599

Teil C. Instanzübergreifende Aufgabenstellungen

§ 13	Verständigung im Strafverfahren (<i>Ignor/Böhm</i>)	697
§ 14	Täter-Opfer-Ausgleich (<i>Jofer/Lajtkep</i>)	720
§ 15	Eigene Ermittlungen des Verteidigers (<i>Neuhaus</i>)	755
§ 16	Pflichtverteidigung (<i>von Stetten</i>)	807
§ 17	Sockelverteidigung (<i>Pfordte/Tsambikakis</i>)	846
§ 18	Verteidigung von Ausländern und Beschuldigten aus fremden Kulturkreisen (<i>Schulte</i>)	872
§ 19	Verteidigung bei verdeckten Ermittlungen (<i>Deckers</i>)	932
§ 20	Verteidigung gegen den Zugriff auf das Vermögen des Beschuldigten (<i>Peters</i>)	954
§ 21	Strafverteidigung und Medien (<i>Lehr</i>)	980
§ 22	Transnationale Strafverteidigung (<i>Brodowski</i>)	1010
§ 23	Unterbringung nach §§ 63, 64 StGB und Sicherungsverwahrung (<i>Scharmer</i>)	1034
§ 24	Verwertungsverbote (<i>Trüg</i>)	1057

Teil D. Verteidigungsaufgaben nach Rechtskraft des Urteils

§ 25	Vollstreckung (<i>Krug</i>)	1089
§ 26	Vollzug (<i>Hein/Piel/Bayer</i>)	1133

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 27 Gnadenverfahren (<i>Birkhoff</i>)	1189
§ 28 Wiederaufnahmeverfahren (<i>Strate</i>)	1235
§ 29 Entschädigung für Maßnahmen der Strafverfolgung (<i>Kotz/Arneemann</i>)	1274
§ 30 Registerrechtliche Fragen (Bundeszentralregister, MiStra) (<i>Malek</i>)	1325

Teil E. Kontrolle des Strafverfahrens durch BVerfG und EGMR

§ 31 Verfassungsbeschwerde in Strafverfahren (<i>Eschelbach</i>)	1357
§ 32 Beschwerde zum EGMR (<i>Eschelbach</i>)	1418

Teil F. Außerstrafrechtliche Folgen des Strafverfahrens

§ 33 Zivil-, arbeits- und familienrechtliche Konsequenzen und Folgen des Strafverfahrens (<i>Hiebl/Dammenfeldt</i>)	1463
§ 34 Disziplinar- und verwaltungsrechtliche Folgen des Strafverfahrens (<i>Bracher</i>)	1522
§ 35 Ausländerrechtliche Folgen des Strafverfahrens (<i>Schulte</i>)	1547

Teil G. Spezifisches Berufswissen

§ 36 Technik der Zeugenvernehmung (<i>Jansen</i>)	1567
§ 37 Rhetorik (<i>von Trotha</i>)	1586
§ 38 Die digitale Strafverteidigerkanzlei (<i>Beukelmann/Bröckers</i>)	1600

Teil H. Risiken der Strafverteidigung

§ 39 Strafrechtliche Risiken (<i>Schütrumpf/Würfel</i>)	1639
§ 40 Berufsrechtliche Risiken (<i>Kleine-Cosack/Horn</i>)	1684
§ 41 Zivilrechtliche Risiken (<i>Barton</i>)	1711

Teil I. Finanzielle und steuerrechtliche Aspekte der Strafverteidigung

§ 42 Vergütung nach dem RVG und Vergütungsvereinbarung (<i>Kotz/Voigt</i>)	1735
§ 43 Zivilrechtliche Erstattung von Verteidigungskosten, Bußgeldern, Geldauflagen und Geldstrafen (<i>Scharf</i>)	1798
§ 44 Steuerrechtliche Behandlung von Verfahrens- und Verteidigungskosten, Bußgeldern, Geldauflagen und Geldstrafen (<i>Stetter</i>)	1833

Teil J. Spezialgebiete der Strafverteidigung

§ 45 Kapitalstrafsachen (<i>Deckers</i>)	1867
§ 46 Betäubungsmittelstrafsachen (<i>Teuter/Diebel</i>)	1925
§ 47 Verkehrsstraf- und OWi-Sachen (<i>Kuhn</i>)	1995
§ 48 Sexualstrafsachen (<i>Schroth/Deckers</i>)	2057
§ 49 Arztstrafrecht (<i>Wartjen/Bock</i>)	2094
§ 50 Cybercrime und Datenkriminalität (<i>Grözinger</i>)	2169
§ 51 Ausländerrechtliche Straftaten (<i>Schulte</i>)	2229

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 52 Jugendstrafverfahren (<i>Schütrumpf</i>)	2256
§ 53 Berufsggerichtliche Verfahren (<i>Leitner/Würfel</i>)	2323

Teil K. Zeugen und Verletztenbeteiligung

§ 54 Zeugen und Zeugenbeistände (<i>Bosbach</i>)	2347
§ 55 Verteidigung bei Beteiligung von Verletzten (<i>Pollähne</i>)	2378

Teil L. Verteidigung und Sachverständigenbeweis

1. Abschnitt. Die klassischen forensischen Wissenschaften

§ 56 Rechtsmedizin (<i>Eisenmenger</i>)	2411
§ 57 Forensische Toxikologie (<i>Mußhoff</i>)	2479
§ 58 Forensische Psychiatrie und Psychotherapie (<i>Foerster/Dreßing</i>)	2502
§ 59 Forensische Psychologie (<i>Nowara</i>)	2551
§ 60 Psychologische Begutachtung von Aussagen (<i>Köhnken</i>)	2571

2. Abschnitt. Kriminaltechnik und Spurensicherung

§ 61 Kriminaltechnik aus der Perspektive der Verteidigung (<i>Neubaus</i>)	2606
§ 62 Tatortarbeit, spezielle Methoden der Spurensuche und -sicherung (<i>B. Fehn/K. Fehn</i>)	2635
§ 63 Das Kriminaltechnische Institut des Bundeskriminalamtes (<i>Simmross</i>)	2659
§ 64 Forensische Spurenanalytik mittels Rasterelektronenmikroskopie und Röntgenanalytik (<i>Gorzawski</i>)	2670
§ 65 Sonstige Materials Spuren (Lack, Glas, Kunststoffe, Chemikalien und Zubereitungen) (<i>Simmross</i>)	2678
§ 66 Erforschung von Brand- und Explosionsursachen (<i>Krönke</i>)	2695
§ 67 Schusswaffen, Munition, Ballistik (<i>Kneubuehl</i>)	2709
§ 68 Schussspuren (<i>Niewöhner/Schumacher</i>)	2728
§ 69 Formspuren, Widersichtbarmachung entfernter Zeichen (<i>Katterwe/Weimar/Balzer</i>)	2738
§ 70 DNA-Analyse (<i>Bastisch/Banemann</i>)	2755
§ 71 Identifizierung, Quantifizierung und Vergleich von Betäubungsmitteln und Neuen psychoaktiven Stoffen (NpS) (<i>Bork</i>)	2780
§ 72 Materials Spuren biologischen Ursprungs und Bodenspuren (<i>Hellmann</i>)	2791
§ 73 Textils Spuren (<i>Baumbach</i>)	2802
§ 74 Urkundenprüfung (<i>Seidel</i>)	2815
§ 75 Forensische Schriftvergleichung (<i>Hecker</i>)	2846
§ 76 Sprechererkennung und Tonträgerauswertung (<i>Gfroerer/Jessen</i>)	2862
§ 77 Autorenerkennung (<i>Ehrhardt</i>)	2890
§ 78 Identifikation von Personen auf Bildern (<i>Hirtammer/Rösing</i>)	2901
§ 79 Spurensicherung im Bereich der forensischen Informations- und Kommunikationstechnik sowie der Digitalelektronik (<i>Kricsanowits</i>)	2917

3. Abschnitt. Verteidigung und Sachverständiger

§ 80 Auswahl und Kontrolle des Sachverständigen (<i>Deckers</i>)	2931
§ 81 Technik der Befragung von Sachverständigen (<i>Tsambikakis</i>)	2946

Inhaltsübersicht

Teil M. Allgemeine Kriminalistik		Seite
§ 82	Organisation der Sicherheitsbehörden (<i>Stock</i>)	2963
§ 83	Operative Fallanalyse (<i>H. Dern</i>)	2980
	Sachverzeichnis (<i>Hagen</i>)	3007


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Allgemeine Grundlagen der Strafverteidigung

§ 1 Zur Stellung des Strafverteidigers	Seite
I. Die historische Entwicklung der Stellung des Strafverteidigers	3
1. Die Organstellung des Strafverteidigers	3
2. Der Internationale Vergleich	15
3. Die Thesen zur Strafverteidigung	16
II. Schlussfolgerungen	18
1. Verteidigerleitbild	20
2. Stellung des Verteidigers im konsensualen Verfahren	28
III. Fazit	30
§ 2 Das Mandatsverhältnis Vom Umgang mit dem Mandanten und der Justiz	
I. Einleitung	32
II. Vor Mandatsbeginn	33
III. Mandatsbeginn	34
1. Allgemeines zum mandatsleitenden Gespräch	34
2. Mit wem erscheint der Mandant?	34
3. Inhalt des ersten Gesprächs	34
4. Anamnese der Gesamtsituation	35
5. Vollmacht	38
6. Schutzfunktion nach außen von Beginn an	39
IV. Die Vertrauensfrage	40
1. Der Umgang mit dem Tatverdacht	40
2. Autonomie durch Information	43
3. Scheinaktivitäten des Verteidigers	45
V. Die Gestaltung der Verteidigung in Kooperation mit dem Mandanten	45
1. Die Einstellung des Mandanten auf das Strafverfahren	45
2. Zieldefinition und ihre Umsetzung	46
3. Information des Mandanten über Verfahrensinhalt und -ereignisse	50
VI. Zum Umgang mit der Justiz	51
1. Zum Prinzip der Offenheit in der Verfahrensauseinandersetzung	51
2. Formeller Umgang mit Gericht und Staatsanwaltschaft	53
3. Strafprozessuale Landschaft	56
4. Befangenheitsfragen	56
5. Vom Verhältnis zur Polizei	57

Teil B. Verteidigung in den einzelnen Abschnitten des Strafverfahrens

§ 3 Ermittlungsverfahren	
I. Einleitung	62
II. Verteidigungsübernahme und Erstgespräch	63
1. Begründung des Verteidigungsverhältnisses	63
2. Beratung im Erstgespräch	64
3. Vollmachtserteilung und Anzeige der Verteidigungsübernahme gegenüber den Ermittlungsbehörden	76
III. Informationsgewinnung durch den Verteidiger	76
	XI

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Akteneinsichtsrecht	76
2. Recht auf Unterrichtung des Beschuldigten/Verteidigers über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens und die zugrunde liegende Beschuldigung	88
3. Recht auf Teilnahme des Verteidigers an Ermittlungshandlungen	89
4. Der Mandant als Informationsquelle und eigene Ermittlungen der Verteidigung	94
IV. Betreuung des Beschuldigten im Ermittlungsverfahren	96
1. Unterrichtung über den Verfahrensstand und Zwischenergebnisse des Ermittlungsverfahrens	96
2. Betreuung des Beschuldigten bei Vernehmungen und sonstigen Befragungen	98
3. Betreuung des Mandanten bei Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren	101
V. Verteidigungsüberlegungen und Argumentationsmöglichkeiten im Ermittlungsverfahren	132
1. Vorbemerkung	132
2. Argumentationsmöglichkeiten auf der Grundlage des Akteninhalts	133
3. Argumentationsmöglichkeiten aufgrund „gegenbeweislich“ oder zur Sachverhaltsergänzung in das Verfahren einzuführender Tatsachen und Beweismittel	135
4. Argumentationsmöglichkeiten aufgrund einer Einlassung des Beschuldigten	135
5. Entdramatisierung des Tatvorwurfs	136
6. Hilfe zur Aufklärung oder Verhinderung von schweren Straftaten („Kronzeuge“)	137
VI. Umsetzung der Verteidigungsmöglichkeiten	139
1. Verteidigungsschrift	139
2. Sonstige Kontaktaufnahmen zur Staatsanwaltschaft und zu anderen Angehörigen der Ermittlungsbehörden	145
3. Rechtsbehelfe gegen erledigte Ermittlungseingriffe	146
4. Verteidigung bei Verfahrensbeteiligung/Verfahrensintervention Dritter	148
VII. Abschluss des Ermittlungsverfahrens und Verteidigungsziele	151
1. Verfahrenseinstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	151
2. Verfahrenseinstellung nach §§ 153 ff. StPO	153
3. Verfahrensbeendigung durch Strafbefehlsverfahren	159
4. Einflussnahme auf die Anklageschrift und Vorbereitung der Hauptverhandlung	160

§ 4 Untersuchungshaft

I. Materielle Voraussetzungen des Erlasses und des Fortbestandes eines Haftbefehls und seiner Vollziehung	163
1. Dringender Tatverdacht (§ 112 Abs. 1 S. 1 StPO)	164
2. Vorliegen von Haftgründen	165
3. Verhältnismäßigkeit	175
II. Formelle Voraussetzungen für den Erlass und Fortbestand eines Haftbefehls	177
1. Zuständigkeit	177
2. Notwendiger Inhalt des Haftbefehls	179
3. Verkündung des Haftbefehls	180
III. Notwendige Verteidigung	183
IV. Verteidigungsmöglichkeiten gegen Anordnung oder Vollstreckung von Untersuchungshaft	187
1. Verteidigung vor Erlass eines Haftbefehls	187

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Verteidigung nach Erlass eines Haftbefehls	190
3. Verteidigung gegen den Fortbestand des Haftbefehls oder seine Vollziehung	201
V. Verteidigung gegen Haftbedingungen	217
1. Abgrenzung der Zuständigkeiten von Haftrichter und Haftanstalt	217
2. Anordnung prozessual veranlasster Maßnahmen (§ 119 Abs. 1 S. 3 StPO)	218
3. Ausführung der Anordnung (§ 119 Abs. 2 StPO)	218
4. Anordnungen durch die Anstalt nach Untersuchungshaftvollzugsgesetz ...	219
5. Rechtsmittel gegen strafprozessual veranlasste Beschränkungen in der Untersuchungshaft	219
6. Rechtsmittel gegen Entscheidungen oder Maßnahmen der Anstalt	220
7. Voraussetzungen und Grenzen von Beschränkungen auf verfahrens- und vollzugsrechtlicher Grundlage	220
VI. Rechtsmittel gegen Haftentscheidungen	227
1. Übersicht	227
2. Die Rechtsmittel im Einzelnen	227
3. Beschleunigungsgrundsatz und besondere Haftprüfung durch das Oberlandesgericht	234
§ 5 Zwischenverfahren	
I. Vorbemerkungen	242
1. Das Zwischenverfahren im Gesetzeskontext	242
2. Sinn und Zweck des Zwischenverfahrens	243
3. Tatsächliche Bedeutung des Zwischenverfahrens	243
4. Risiken und Chancen für die Verteidigung im Zwischenverfahren (Allgemeines)	245
II. Einleitung des Zwischenverfahrens und deren Wirkungen	246
III. Ablauf des Zwischenverfahrens und Verteidigungsstrategien	247
1. Mitteilung und Fristsetzung gem. § 201 Abs. 1 StPO	247
2. Verteidigungsaktivitäten nach Zustellung der Anklageschrift	248
3. Erklärungen des Verteidigers für den Mandanten nach § 201 Abs. 1 StPO	251
4. Einwendungen formaler Art	252
5. Ausführungen zu Mängeln der Anklageschrift – Umgrenzungs- und Informationsfunktion	262
6. Ausführungen zur Wahrscheinlichkeit der Verurteilung	263
7. Herunterdefinieren des Anklagevorwurfs	266
8. Beweisanträge und -anregungen; Anträge zur Art der Erhebung	266
9. Verhalten bei ungerechtfertigten Beweiserhebungen des Gerichts	267
10. Sonstige Anträge und Anregungen im Zwischenverfahren	268
11. Anträge zu Haft und Fahrerlaubnis	269
12. Beobachtung des Verfahrensfortgangs	270
13. Sonstige Aktivitäten des Verteidigers (eigene Ermittlungen, Opferkontakte pp.)	270
14. Absprachen im Zwischenverfahren	271
15. Anfechtbarkeit von Entscheidungen im Zwischenverfahren (Zusammenfassung)	274
IV. Tätigkeiten des Verteidigers bei Nichteröffnung	274
1. Bekanntmachung	274
2. Nebenentscheidungen	274
3. Rechtsmittel	275
4. Umfang der Sperrwirkung des § 211 StPO	275
V. Abschluss des Zwischenverfahrens durch Eröffnung	276
1. Wirkungen der Eröffnung	276

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Form, Inhalt und Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses	276
3. Anfechtbarkeit und Aufhebbarkeit des Eröffnungsbeschlusses	277
VI. Revisionsrechtliche Fragen des Zwischenverfahrens aus Verteidigersicht	278
1. Mängel des Zwischenverfahrens	278
2. Fehlen bzw. Mangelhaftigkeit des Eröffnungsbeschlusses/der Anklage	279
§ 6 Vorbereitung der Hauptverhandlung	
I. Vorbemerkung	282
II. Kontrollaufgaben	283
1. Gerichtszuständigkeit und Änderung der Zuständigkeit	283
2. Eröffnungsbeschluss	288
3. Terminbestimmung; insbesondere kommissarische Vernehmung und Inaugenscheinnahme	290
4. Ladungen	294
5. Herbeischaffung der Beweisgegenstände	297
6. Gerichtsbesetzung und Ablehnung	297
III. Eigene Aktivitäten des Verteidigers	308
1. Klärung des Sachverhalts	308
2. Klärung von Rechtsfragen	309
3. Klärung des Verteidigungszieles	309
4. Beweisanträge	311
5. Namhaftmachung von Zeugen	314
IV. Vorbereitung	315
1. Kommunikation mit den Verfahrensbeteiligten	315
2. Technische Vorbereitung	317
§ 7 Hauptverhandlung	
I. Einleitung	322
II. Organisatorisches	322
1. Sitzordnung	322
2. Umfangsverfahren/Verteidigerraum im Gericht	324
3. Vorkehrungen bei erheblichem Medieninteresse	324
III. Beginn und Verlauf der Hauptverhandlung	325
1. Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten/Ausschluss der Öffentlichkeit	325
2. Geltendmachung von Verfahrenshindernissen und fehlenden Prozessvoraussetzungen	335
3. Ablehnung von Richtern und Sachverständigen, Auswechslung des Staatsanwaltes	340
4. Vernehmung zur Person, Anklageverlesung, Opening Statement, Umsetzung von Verfahrensabsprachen in der Hauptverhandlung	351
5. Vernehmung des Angeklagten zur Sache	354
6. Instrumente der Verteidigung in der Beweisaufnahme	361
7. Zeugenbeweis	380
8. Sachverständigenbeweis	401
9. Urkundenbeweis	408
10. Einnahme eines Augenscheins	417
11. Plädoyer	418
12. Letztes Wort	421
§ 8 Plädoyer	
Vorbemerkung	423
I. Etwas zur Historie des Plädierens nach deutscher Art	424

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Keine Verpflichtung zu plädieren	426
III. Zur Reihenfolge der Plädoyers	427
IV. Der Weg zum Plädoyer	428
V. Vorbereitung	429
VI. Freie Rede und ihre Konzeption	430
VII. Wichtig: Der Anfang	432
VIII. Die Adressaten ansprechen	432
IX. Die Spitze der Verteidigungspyramide	433
X. Sachlichkeit?	434
XI. Verhältnis zum Plädoyer der Staatsanwaltschaft	435
XII. Wie mit dem unerwähnten Ungünstigen verfahren?	436
XIII. Zwischenplädoyers	436
XIV. Nebeneinander von Freispruch- und hilfsweiser Strafmaßverteidigung	438
XV. Beweisanträge im Plädoyer; Hilfsbeweisanträge	438
XVI. Strafmaßverteidigungen	440
XVII. Rechtsausführungen im Plädoyer	440
XVIII. Exkurs: Der Schlussvortrag nach gefundener Verständigung	441
XIX. Plädoyers vor Rechtsmittelgerichten	442
XX. Übersetzung des Plädoyers	442
XXI. Zeitablauf zwischen Plädoyer und Urteilsverkündung	442
XXII. Plädoyer und Angeklagter	443
XXIII. Besondere Verteidigungssituationen im Plädoyer	443
XXIV. Schluss	444
§ 9 Die Hauptverhandlung im Blickwinkel der Revision	
I. Einführung	448
1. Ursachen und Voraussetzungen revisibler Verfahrensfehler	449
2. Grundsatz der juristischen Zurückhaltung	452
3. Verantwortung des Verteidigers für den prozessordnungsmäßigen Verfahrensablauf	453
4. Ausrichtung der prozessualen Schritte des Verteidigers an der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	454
II. Beweisanträge	455
1. Grundsätzliche Voraussetzung der Revisionsrelevanz von Beweisanträgen	455
2. Inhaltliche Anforderungen an Beweisanträge	456
3. Formulierung und Begründung von Beweisanträgen	461
4. Mündliche Antragstellung	467
5. Spätester Zeitpunkt für die Stellung von Beweisanträgen	468
6. Reaktion auf die Ablehnung von Beweisanträgen	471
7. Schädliche Wiederholung ähnlich strukturierter Beweisanträge	474
8. Hauptbeweis Antrag (oder unbedingter Beweis Antrag)	475
9. Hilfsbeweisanträge (oder bedingte Beweisanträge)	477
III. Festschreibung von Beweisergebnissen	481
1. Überblick	481
2. Vergebliche Konservierungsbemühungen	482
3. Zur „Verschriftlichung“ der Hauptverhandlung	485
4. Affirmative (Hilfs-)Beweisanträge	497
IV. Widerspruchserfordernisse und Beanstandungsobliegenheiten	501
1. Überblick	501
2. Widerspruchserfordernis	503
3. Beanstandungsobliegenheiten nach § 238 Abs. 2 StPO	508
4. Verwirkung von Verfahrensrügen	513

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Rechtliche Hinweise	513
1. Divergenz zwischen hauptverhandlungs- und revisionsbezogenen Verteidigungsinteressen	513
2. Folgen des Hinweises	514
3. Aussetzungsanspruch nach § 265 Abs. 3 StPO	514
VI. Verlesungen	517
1. Überblick	517
2. Vernehmungsersetzende Verlesungen	518
3. Erfüllung des Beweiserhebungsanspruchs	518
4. Besonderheiten einzelner Verlesungsvorschriften	519
VII. Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrechte	522
1. Zeugnisverweigerungsrecht nach § 52 StPO	522
2. Zeugnisverweigerungsrecht der Berufsheimnisträger nach § 53 StPO	523
3. Verschwiegenheitspflicht öffentlich Bediensteter nach § 54 StPO	524
4. Verdeckte Ermittler und (anonyme) V-Personen	524
5. Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO	524
6. Verwertungsverbot nach § 252 StPO	525
VIII. Einwendungen gegen die zugelassene Anklage	528
1. Mängel der Anklage	528
2. Eingeschränkte revisionsrechtliche Relevanz solcher Einwendungen	528
IX. Besetzungseinwand	528
X. Ausschluss und Ablehnung von Richtern	529
XI. Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten	529
1. Grundsätzlich: Keine Überprüfung durch das Revisionsgericht	529
2. Erkrankung im Ausland	529
3. Resümee	530
XII. Dokumentationsobliegenheit des Verteidigers	530
§ 10 Strafverfahren vor den Amtsgerichten, Strafbefehlsverfahren und beschleunigtes Verfahren	
I. Einleitung	535
II. Zur informellen Verfahrensgestaltung und zum Verhältnis und Umgang zwischen Verteidigern und Amtsrichtern	537
1. Richterpersönlichkeiten	537
2. Ausgangssituation	537
3. Frühe persönliche Kontaktaufnahme zum Gericht	538
4. Der „favor judicis“	538
5. Informelle Verfahrensgestaltung und Verständigungsgesetz	539
III. Ermittlungsverfahren	540
1. Formelle und informelle Einflussmöglichkeiten	540
2. Exkurs: Zuständigkeitsfragen	541
IV. Zwischenverfahren	542
V. Hauptverfahren	543
1. Vor der Hauptverhandlung	543
2. Tätigkeiten in der Hauptverhandlung	545
VI. Notwendige Verteidigung (Pflichtverteidigung)	551
1. Bedeutung für das amtsgerichtliche Verfahren	551
2. Voraussetzungen des § 140 Abs. 2 StPO	552
3. Auswahl des Pflichtverteidigers	554
4. Anspruch auf Wechsel des Pflichtverteidigers	555
VII. Strafbefehlsverfahren	555
1. Grundzüge des Ablaufs des Strafbefehlsverfahrens	556

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Hauptverhandlung nach Einspruch gegen den Strafbefehl	559
3. Exkurs: Strafbefehl nach Eröffnung des Hauptverfahrens	562
4. Verteidigungstaktik im Strafbefehlsverfahren	563
VIII. Beschleunigtes Verfahren	566
1. Voraussetzungen und Zuständigkeit	567
2. Weiterer Ablauf bis zur Hauptverhandlung	568
3. Besonderheiten der Hauptverhandlung	570
4. Verteidigungstaktik im beschleunigten Verfahren	570
§ 11 Berufungsverfahren	
I. Einleitung	573
1. Allgemeines	573
2. Rechtsmittelwahl	573
II. Gefahren der Berufung	574
III. Zulässigkeit und Einlegung	575
1. Gegenstand der Berufung	575
2. Berufungsberechtigte und Beschwer	575
3. Frist	578
4. Form	578
5. Adressat	579
6. Beschlussverwerfung	579
7. Berufungsgericht	581
IV. Begründung	581
V. Annahmeberufung	582
1. Formelle Voraussetzungen	582
2. Materielle Voraussetzungen	583
3. Entscheidung des Gerichts	584
4. Anfechtung der Entscheidung	584
VI. Die Wiedereinsetzung	585
1. Fristversäumnis	585
2. Terminversäumnung erster Instanz	585
VII. Verzicht, Zurücknahme, Beschränkung	586
1. Verzicht	586
2. Zurücknahme	587
3. Beschränkung	588
VIII. Zwischen den Instanzen	590
IX. Berufungshauptverhandlung	591
1. Der nicht erschienene Angeklagte	591
2. Gang der Berufungshauptverhandlung	597
§ 12 Revisionsverfahren	
I. Das Revisionsrecht und seine Besonderheiten	600
II. Das Revisionsmandat	601
1. Übernahme des Auftrages, insbesondere Problematik der „eigenen Sache“	601
2. Beratung des Mandanten	602
3. Verbindung zu anderen Verteidigern	604
III. Einlegung der Revision	604
1. Beschwer	604
2. Frist und Form	605
IV. Verzicht und Rücknahme	609
V. Die Revisionsbegründung	611

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeines	611
2. Die Revisionsanträge	613
3. Prozessvoraussetzungen und Prozesshindernisse	615
4. Verfahrensrügen	617
5. Sachrüge	668
VI. Der weitere Fortgang des Revisionsverfahrens	684
1. Zulässigkeitsprüfung	684
2. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	685
3. Bearbeitung durch die Staatsanwaltschaft	688
4. Revisionsentscheidungen durch Beschluss	690
5. Entscheidung nach Hauptverhandlung	691
Teil C. Instanzübergreifende Aufgabenstellungen	
§ 13 Verständigung im Strafverfahren	
I. Einleitung	699
1. Begriff der „Verständigung“	699
2. „Verständigungen“ außerhalb von § 257c StPO (Überblick)	699
II. Allgemeines zur Verständigung gemäß § 257c StPO	700
1. Besonderheit der Verständigung gemäß § 257c StPO	700
2. Vorteile und Risiken von Verständigungen	701
3. Empfehlungen für die Vorbereitung einer Verständigung gemäß § 257c StPO	703
4. Hinweise für Verständigungsgespräche insbesondere außerhalb der Hauptverhandlung	704
5. Keine Mitwirkung an rechtswidrigen Verständigungen	706
III. Gesetzliche Anforderungen an eine rechtmäßige Verständigung	707
1. Funktionelle Zuständigkeit des erkennenden Gerichts	707
2. Geeigneter Fall/geeignetes Verfahren	707
3. Zulässiger Verständigungsgegenstand/Beachtung von Verständigungsverboten	708
4. Überzeugung von der Schuld des Angeklagten/Erfordernis eines Geständnisses	711
5. Gesetzliches Verständigungsverfahren	712
6. Bindungswirkung/Wegfall der Bindungswirkung, § 257c Abs. 4 StPO	716
7. Inhaltliche Anforderungen an das Verständigungsurteil	717
8. Keine informellen Verständigungen	717
9. Kein Rechtsmittelverzicht	718
IV. Quo vadis Verständigung?	718
§ 14 Täter-Opfer-Ausgleich	
I. Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) als Instrument der Strafverteidigung	721
1. Begriff des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA)	721
2. TOA in verschiedenen Verfahrensstadien	724
3. Nutzen und Probleme des TOA im Strafverfahren	726
4. Voraussetzungen für TOA-geeignete Fälle	731
II. Strafzumessung bei Schadenswiedergutmachung, Rechtsgrundlagen und einschlägige Rechtsprechung zu § 46a StGB	734
1. TOA iSd § 46a Nr. 1 StGB	735
2. Schadenswiedergutmachung nach § 46a Nr. 2 StGB	736
3. Wesentliche Leitsätze der Rechtsprechung	736
III. Strafprozessuales	738

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Verfahrenserledigung nach §§ 153 und 153a StPO	738
2. Einstellung nach § 153b StPO	739
3. Prozessuale Verankerung des TOA in §§ 155a f. StPO	740
IV. Formen der Schadenswiedergutmachung, praktische Durchführung einer Schlichtung	745
1. Formen der Schadenswiedergutmachung	745
2. Bedeutung der Entschuldigung	745
3. Praktischer Ablauf	746
V. Negativbeispiele und Probleme	748
1. Falsches Timing	748
2. Negative Wirkung bei Gericht	749
3. Nicht kompatible Erwartungshaltungen	749
4. Strafvereitelung durch Schadenswiedergutmachung?	750
5. TOA bei mehreren Tatbeteiligten	750
VI. Muster für Wiedergutmachungsvereinbarung/Schlichtungsanregung	751
1. Schreiben an StA/Gericht mit Anregung, einen TOA durchzuführen	751
2. Schreiben an Verletzten oder dessen Rechtsbeistand zur Anregung eines TOA	752
3. Bericht über die Schlichtung/Vereinbarung zwischen Beschuldigtem und Opfer	752
§ 15 Eigene Ermittlungen des Verteidigers	
I. Allgemeines	756
1. Rechtliche Zulässigkeit eigener Erhebungen	756
2. Notwendigkeit und praktische Bedeutung eigener Ermittlungen	762
3. Kosten eigener Ermittlungen	764
4. Zweckmäßigkeit, Art und Umfang sowie Grenzen eigener Ermittlungen ..	766
II. Zeugenbeweis	767
1. Der bekannte Zeuge	768
2. Exkurs: Verdeckte Befragungen und heimliche Aufzeichnungen	777
3. Der unbekannte Zeuge	780
4. Die Befragung von Mitbeschuldigten	780
5. Auslagererstattung	780
III. Urkunden	781
1. Allgemeines	781
2. Spurenakten	782
3. Besichtigung von in amtlicher Verwahrung befindlichen Urkundensamm- lungen	784
4. Grenzen	785
IV. Augenscheinsobjekte	786
1. Allgemeines	786
2. Tatortbesichtigung	787
3. Besichtigung beweglicher Asservate	788
4. Bild- und Tonaufzeichnungen	789
V. Die Beauftragung von Hilfspersonen	790
1. Sachverständigenbeweis	790
2. Einschaltung von Journalisten	800
3. Die Beauftragung von Privatdetektiven	801
§ 16 Pflichtverteidigung	
I. Grundsätzliches	808
II. Die Bestellung des Pflichtverteidigers	810
1. Begriff der notwendigen Verteidigung	810

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Fälle der notwendigen Verteidigung	811
3. Zeitpunkt der Bestellung	822
4. Zuständigkeit und Bestellungsverfahren	828
5. Zusätzliche Pflichtverteidiger, § 144 StPO	833
6. Rechtsmittel gegen Entscheidungen über die Verteidigerbestellung	835
III. Beendigung der Pflichtverteidigung	837
1. Dauer und Aufhebung der Bestellung	837
2. Ablehnung der Übernahme der Pflichtverteidigung gemäß §§ 49, 48 Abs. 2 BRAO	839
3. Verteidigerwechsel, § 143a StPO	840
§ 17 Sockelverteidigung	
I. Begriff	846
II. Gesetzliche Anhaltspunkte für die Sockelverteidigung	848
III. Sinn und Zweck der Sockelverteidigung	849
IV. Behandlung durch Rechtsprechung und Literatur	850
1. Berufsethik	850
2. Effiziente Individualverteidigung	851
3. Grenzen der Sockelverteidigung	851
V. Zur gemeinsamen Wahrnehmung von Verteidigeraufgaben in der Hauptver- handlung	853
VI. Zum rechtlichen Verhältnis zwischen den Beteiligten am „Sockel“	855
VII. Gestaltung der Sockelverteidigung	856
1. Zusammenstellen der Sockelverteidigung	856
2. Kommunikation	858
3. Die gekündigte Sockelverteidigung	859
VIII. Thesen der BRAK	861
IX. Sockelverteidigung und Verständigung im Strafverfahren	862
X. Fallbeispiele	863
1. Die verweigerte Akteneinsicht	863
2. Der Firmenanwalt	864
3. Das beschuldigte Ehepaar	864
XI. Zusammenfassung	865
XII. Checkliste	866
§ 18 Verteidigung von Ausländern und Beschuldigten aus fremden Kulturkreisen	
I. Einführung	874
1. „Ausländer“	874
2. Wandelbares Ausländerrecht	874
3. Strafverteidiger mit Migrationshintergrund	875
4. Interdisziplinäre Zusammenarbeit	875
5. Wesentliche ausländerrechtliche Begriffe für Strafverteidiger	875
II. Sprache, Dolmetscher, Kultur	876
1. Der Umgang mit ausländischen Mandanten	876
2. Der Umgang mit dem Dolmetscher	879
3. Die Techniken des Dolmetschens	884
4. Die Ablehnung des Dolmetschers	887
5. Die Hinzuziehung des Dolmetschers und Übersetzers im Strafverfahren	888
6. Rechtsmittel in fremder Sprache	893
7. Anforderungen an die Rechtsmittelbelehrung	893
III. Besondere Sorgfaltspflichten bei ausländischen Mandanten	893
1. Folgen der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens	894
2. Konsequenzen für den ausländischen Mandanten	894

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Strafverfahren als Ausweisungsgrund	894
4. Die Erörterung mit dem ausländischen Mandanten	895
IV. Die Folgen von Straf- und Bußgeldverfahren für Aufenthalt und Einbürgerung	898
1. Die Ausweisung/Verlust der Freizügigkeit	898
2. Folgen für Wiedereinreise	898
3. Die strafrechtliche Verurteilung als Einbürgerungshindernis	899
V. Die sog. Ausländereigenschaft im Strafrecht	899
1. Irrtumsprobleme	899
2. Illegale Einreise und Asylantragstellung	900
3. Bewährungsüberwachung im Ausland	901
4. Exkurs: Die Übertragung der Strafverfolgung	902
5. Ausländereigenschaft in der Strafzumessung	902
6. Die Unterbringung von Ausländern im Maßregelvollzug nach § 64 StGB	905
VI. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	908
1. Die Verfahrenseinstellung mit Blick auf den Ausländerstatus	908
2. Die notwendige Verteidigung	909
3. Das Verbot der Doppelbestrafung	911
VII. Verteidigung im Rahmen der Strafvollstreckung	911
1. Die Überstellung ins Ausland zur weiteren Strafvollstreckung	912
2. Das Absehen von der (weiteren) Strafvollstreckung	914
3. Vollstreckungshilfe durch Übernahme der Vollstreckung eines ausländischen Urteils im Inland	916
VIII. Verteidigung des abgeschobenen oder ausgewiesenen Mandanten	919
1. Übersicht über anstehende Probleme	920
2. Die Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung	920
3. Die Rückkehr in die Strafvollstreckung	921
4. Exkurs: Verteidigung bei noch nicht anvollstreckter Strafe	922
IX. Verteidigung gegen eine Ausschreibung bei Interpol	922
1. Die Aufgaben von Interpol	922
2. Die Ausschreibung bei Interpol	923
3. Die Löschung der Ausschreibung bei Interpol	923
X. Das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen	924
1. Der Verstoß gegen das WÜK	924
2. Inhalt und Reichweite des Art. 36 WÜK	924
XI. Die Altersermittlung im Strafverfahren	928
1. Rechtsgrundlagen	929
2. Das Ergebnis der Untersuchungen	930
§ 19 Verteidigung bei verdeckten Ermittlungen	
I. Vorbemerkung	933
II. Varianten der verdeckten Ermittlung	937
1. Der verdeckte Ermittler (VE)	937
2. VP und Lockspitzeinsatz	939
3. Der Lockspitzeinsatz (Agent provocateur) Materiellrechtliche und prozessrechtliche Besonderheiten.	941
4. Überwachung der Telekommunikation (TKÜ)	943
5. Observation	948
III. Verteidigung bei verdeckten Ermittlungen	951
1. Intervention der Verteidigung ins Ermittlungsverfahren	951
2. Verteidigung in der Hauptverhandlung	951
3. Verteidigung im Revisionsverfahren	952
IV. Resümee	953

Inhaltsverzeichnis

§ 20 Verteidigung gegen den Zugriff auf das Vermögen des Beschuldigten	Seite
I. Einleitung	957
1. Praktische Bedeutung der Vermögensabschöpfung für die Verteidigung	957
2. Kernpunkte der Reform vom 1.7.2017	958
3. Übergangsrecht	959
II. Das materielle Instrumentarium der Vermögensabschöpfung	959
1. Überblick	959
2. Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten (§§ 74 ff. StGB)	960
3. Einziehung von Verkörperungen eines Inhalts (§ 74d StGB)	961
4. Einziehung des Tatertrages (§§ 73 ff. StGB)	961
III. Das Instrumentarium der Vollstreckungssicherung	968
1. Überblick	969
2. Formelle Anordnungsvoraussetzungen (§ 111j StPO)	969
3. Materielle Anordnungsvoraussetzungen	969
7. Rechtsschutz	974
IV. Prozessuale Aspekte der Vermögensabschöpfung	974
1. Absehen von der Einziehung/Abtrennung des Einziehungsverfahrens	975
2. Einziehung und Verständigung	976
3. Formlose Einziehung	976
V. Vollstreckung	977
VI. Vermögensabschöpfung und Opferentschädigung	978
§ 21 Strafverteidigung und Medien	
I. Vorbemerkungen	981
1. Publizistische und wirtschaftliche Wertschöpfung der Medien durch Berichterstattung über Strafverfahren	981
2. Notwendigkeit eines gestaltenden Umgangs mit der Medienöffentlichkeit	982
3. Möglicher Zielkonflikt zwischen Strafverteidigung und presserechtlicher Vertretung	983
II. Die Verdachtsberichterstattung	984
1. Bedeutung der Verdachtsberichterstattung	984
2. Gegenstand berechtigten öffentlichen Interesses	984
3. Mindestbestand an Beweistatsachen	985
4. Konfrontationspflicht	988
5. Keine präjudizierende, sondern distanzierte Darstellung des Verdachts	990
III. Die identifizierende Berichterstattung	991
1. Inhalt des Anonymitätsschutzes	991
2. Grenzen des Anonymitätsschutzes	992
3. Wiederaufleben des Anonymitätsschutzes durch Zeitablauf?	993
4. Anonymitätsschutz von Zeugen und Opfern	994
5. Berichterstattung aus dem Gericht	994
IV. Eigen-Vermarktung im Strafverfahren	999
1. Exklusivvereinbarungen	999
2. Interviews von Gefangenen	1000
3. Selbstvermarktung des Verteidigers	1000
4. „Flankierende Verteidigung“ über die Medien	1001
V. Das presserechtliche Instrumentarium als Begleitung der Strafverteidigung	1001
1. Der Unterlassungsanspruch	1002
2. Organisatorische Vorbereitungen	1005
3. Möglichkeiten einer abwehrenden Deeskalation?	1006
4. Der Gegendarstellungsanspruch	1007
5. Richtigstellung/Nachtrag/Schadenersatz/Geldentschädigung	1008

Inhaltsverzeichnis

§ 22 Transnationale Strafverteidigung	Seite
I. Einleitung	1011
II. Grundlagen transnationaler Strafverteidigung	1012
1. Die Rechtsstellung der transnationalen Strafverteidigung	1012
2. Vernetzung	1014
3. Rechtsquellen	1014
4. Ziele und Zielkonflikte; Kreativität	1015
5. Sprache	1016
III. Transnationale Strafverteidigung bei inländischer Strafverfolgung	1016
1. „Forum shopping“; Doppelverfolgung und Doppelbestrafung	1016
2. Verteidigung gegen und mit deutsche(n) Auslieferungsersuchen	1018
3. Verteidigung gegen und mit deutsche(n) Rechtshilfeersuchen	1018
4. Berücksichtigung von Vorstrafen; Gesamtstrafenbildung; Anrechnung ausländischer Haft	1022
5. Vollstreckungsübernahme; Überwachung von Bewährungsauflagen im Ausland	1023
IV. „Strafverteidigung“ in Auslieferungs- und Rechtshilfeangelegenheiten	1025
1. Auslieferung und Überstellung an das Ausland	1026
2. Vollstreckungsübernahme durch Deutschland	1029
3. Eingehende Ersuchen um „sonstige“ Rechtshilfe	1029
V. Strafverteidigung und Europäische Staatsanwaltschaft	1031
1. Zuständigkeit und deren Ausübung	1031
2. Struktur	1032
3. Rechtsquellen	1032
4. Verteidigungsrelevante Besonderheiten	1032
§ 23 Unterbringung nach §§ 63, 64 StGB und Sicherungsverwahrung	
I. Verteidigung für oder gegen die Maßregel	1035
1. § 63 StGB	1035
2. § 66 StGB	1036
3. § 64 StGB	1036
II. Unterbringung nach § 63 StGB	1036
1. Anordnungsvoraussetzungen	1036
2. Die Begutachtung	1039
III. Unterbringung nach § 64 StGB	1042
1. Anordnungsvoraussetzungen	1042
2. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	1044
3. Verknüpfung mit den Vollstreckungsoptionen der §§ 35 ff. BtMG	1045
IV. Unterbringung in der Sicherungsverwahrung	1046
1. Anordnung im Urteil nach § 66 StGB	1046
2. Vorbehalt im Urteil nach § 66a StGB	1052
3. Vorbehalt der Sicherungsverwahrung nach §§ 7 Abs. 2, 106 Abs. 2 JGG	1054
V. Besonderheiten im Rechtsmittel	1055
1. Ausnahmen vom Verschlechterungsverbot	1055
2. Dispositionsbefugnis des Angeklagten	1055
3. Beschränkung von Rechtsmitteln	1056
§ 24 Verwertungsverbote	
I. Allgemeines	1059
1. Einleitung	1059
2. Abgrenzung	1060
3. Einteilung	1060
4. Widerspruchslösung	1062

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Fernwirkung, Fortwirkung, Vorauswirkung	1065
6. Verwertung zu Gunsten des Beschuldigten	1067
7. Personelle Reichweite	1068
8. Nachweis	1068
II. Fallgruppen	1069
1. Fehlende Beschuldigtenbelehrung	1069
2. Verbotene Vernehmungsmethoden nach § 136a StPO	1070
3. Verstöße gegen das Beschlagnahmeverbot nach § 97 StPO	1070
4. Körperliche Untersuchungen, § 81a StPO	1072
5. DNA-Identitätsfeststellung, § 81g StPO	1073
6. Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrechte	1074
7. Fehlende Anordnungsvoraussetzungen	1077
8. Einsatz von verdeckten Ermittlern	1078
9. Einsatz von V-Personen	1079
10. Mithörfallkonstellationen	1080
11. Eingriffe in den Kernbereich privater Lebensgestaltung	1081
12. Beweismittelerlangung durch Privatpersonen	1083
13. Zufallsfunde	1086
14. Fair-Trial Grundsatz	1086
15. Verwertungsverbote bei Fällen mit Auslandsbezug	1086

Teil D. Verteidigungsaufgaben nach Rechtskraft des Urteils

§ 25 Vollstreckung

I. Einleitung	1091
1. Rechtliche Grundlagen	1091
2. Zuständigkeiten	1092
3. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	1094
4. Verteidigung	1095
5. Vergütung	1097
6. Akteneinsicht	1098
II. Verteidigung des auf freiem Fuß befindlichen Mandanten	1100
1. Allgemeines	1100
2. Vollstreckung von Geldstrafen	1101
3. Freiheitsstrafen zur Bewährung	1103
4. Vollstreckung von Freiheitsstrafen	1106
5. Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbot	1111
III. Verteidigung des inhaftierten Mandanten	1112
1. Allgemeines	1112
2. Strafunterbrechung	1112
3. Aussetzung der Vollstreckung des Strafrests	1115
IV. Freiheitsentziehende Maßregeln	1121
1. Allgemeines	1121
2. Dauer und Überprüfung stationärer Maßnahmen	1123
3. Vollstreckungsreihenfolge	1123
4. Exkurs: Organisationshaft	1124
5. Anrechnung auf die Freiheitsstrafe	1125
6. Aussetzung und Erledigung der Maßregel	1125
V. Vollstreckung von Einziehung und Unbrauchbarmachung (§§ 459g ff. StPO)	1127
VI. Besonderheiten in speziellen Verfahrensarten	1127
1. Vollstreckung bei Jugendlichen und Heranwachsenden	1127
2. Vollstreckung in Betäubungsmittelverfahren	1128
3. Vollstreckung bei Ausländern	1130

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VI. Gnadenrecht	1131
VII. Zentralregister und Führungszeugnis	1131
§ 26 Vollzug	
I. Einleitung	1134
1. Definition und gesetzliche Grundlagen	1136
2. Allgemeine Vollzugssituation	1137
3. Strafvollzugsverteidigung im Strafverteidigungsalltag	1138
II. Grundsätze und Strukturen des Strafvollzugs	1141
1. Vollzugsziele und -grundsätze	1141
2. Innere Organisation des Strafvollzugs	1142
III. Ablauf und Planung des Vollzugs	1143
1. Strafantritt und Behandlungsuntersuchung	1143
2. Vollzugsplanung	1145
3. Unterbringung	1147
4. Haftraum	1150
5. Kleidung und Verpflegung	1152
6. Kontakte	1153
7. Arbeit und Bildung	1157
8. Finanzen der Gefangenen	1158
9. Vollzugslockerungen/Vollzugsöffnende Maßnahmen	1161
10. Gesundheitsfürsorge	1165
11. Entlassung	1167
12. Sicherheit und Ordnung	1168
13. Unmittelbarer Zwang	1170
14. Disziplinarmaßnahmen	1170
IV. Rechtsschutz	1172
1. Einleitung und Rahmenbedingungen	1172
2. Formlose Rechtsbehelfe	1173
3. Antrag auf gerichtliche Entscheidung	1175
4. Rechtsbeschwerde	1178
5. Verfassungsbeschwerde; Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte ...	1179
V. Besonderheiten	1179
1. Sprachliche Barrieren	1179
2. Jugendstrafvollzug	1180
3. Strafvollzug bei Frauen/Einrichtungen für Mütter oder Väter mit Kind	1182
4. Maßregelvollzug	1183
5. Sicherungsverwahrung	1184
§ 27 Gnadenverfahren	
I. Einleitung	1190
1. Vorbemerkung	1190
2. Die Gnade im kulturellen und historischen Kontext	1190
3. Abgrenzung der Gnade zu Amnestie und Niederschlagung	1192
II. Gnadenrecht in Verfassung, Strafrecht und Strafverteidigung	1193
1. Verfassungsrechtliche Verankerung	1193
2. Funktion im Strafrecht	1194
3. Auftrag der Strafverteidigung	1194
III. Strukturen des Gnadenrechts	1194
1. Inhalt des Gnadenrechts	1194
2. Abgrenzung zu den Möglichkeiten des Strafvollstreckungsrechts	1195
3. Verfahren	1196
	XXV

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Praxis des Gnadenrechts	1222
1. Rechtstatsächlicher Befund	1222
2. Keine auswertbaren Statistiken	1223
3. Anwaltliche Beratung über ein Gnadengesuch	1223
4. Zeitpunkt für ein Gnadengesuch	1225
5. Kommunikation mit den Gnadenbehörden	1225
6. Probleme der Akteneinsicht	1226
7. Kosten/Gebühren/Vergütungsvereinbarung	1226
V. Rechtsschutz	1228
1. Rechtsbehelfe nach den Gnadenordnungen des Bundes und der Länder ...	1228
2. Gerichtlicher Rechtsschutz	1230
3. Rechtsschutz gem. §§ 23 ff. EGGVG bei negativer Änderung und Wider- ruf einer positiven Gnadenentscheidung	1231
VI. Internationaler Rechtshilfeverkehr	1232
§ 28 Wiederaufnahmeverfahren	
I. Einleitung: Rechtswirklichkeit des Wiederaufnahmerechts und neue Entwick- lungen	1236
II. Zum Umgang mit dem Mandanten	1239
III. Analyse des Urteils als Voraussetzung eines Wiederaufnahmebegehrens	1240
1. Die Logik der Beweisführung	1241
2. Die Tragfähigkeit der Beweisgründe: Prima-Vista-Überprüfung	1245
3. Die Tragfähigkeit der Beweisgründe im Einzelnen	1247
IV. Die Suche nach dem archimedischen Punkt: Was erschüttert ein Urteil?	1258
1. Zum Prüfungsmaßstab: das Beweisgefüge des erkennenden Richters	1258
2. Schlüssigkeitsprüfung im Aditionsverfahren	1259
3. Zur Neuheit eines Beweises und den erweiterten Darlegungslasten bei neuem, aber zurückgehaltenen Beweis	1262
4. Ansatzpunkte für ein erfolgversprechendes Wiederaufnahmevorbringen	1266
V. Recherchematerial und Hilfsmittel des Verteidigers	1270
VI. Präsentation des Wiederaufnahmevorbringens	1272
VII. Schluss	1273
§ 29 Entschädigung für Maßnahmen der Strafverfolgung	
I. Einführung	1275
1. Haftungsrecht	1275
2. Haftungsmaßstäbe	1276
3. Gesetzesaufbau	1276
4. Persönlicher Anwendungsbereich	1276
5. Räumlicher Anwendungsbereich	1277
6. Sachlicher Anwendungsbereich	1278
II. Entschädigungspflichtige Verfolgungsmaßnahmen (§§ 1–2 StrEG)	1278
1. Urteilsfolgen (§ 1 StrEG)	1278
2. Andere Strafverfolgungsmaßnahmen (§ 2 StrEG)	1281
III. Ausschluss und Versagung der Entschädigung (§§ 5–6 StrEG)	1286
1. Entschädigungsausschluss (§ 5 StrEG)	1286
2. Entschädigungsversagung (§ 6 StrEG)	1296
IV. Entschädigung aus Billigkeitsgründen (§§ 3–4 StrEG)	1302
1. Verfahrenseinstellung nach Opportunitätsgrundsätzen (§ 3 StrEG)	1302
2. Billigkeitsentschädigung (§ 4 StrEG)	1304
V. Grundsentscheidung zur Entschädigungspflicht (§§ 8–9 StrEG)	1308
1. Feststellung der Entschädigungspflicht (§§ 8, 9 StrEG)	1308
2. Anfechtung der Entscheidung	1312

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VI. Umfang des Entschädigungsanspruchs (§ 7 StrEG)	1313
1. Freiheitsentziehung	1313
2. Vermögensschaden	1314
VII. Geltendmachung und Durchsetzung des Anspruchs (§§ 10, 13 StrEG)	1316
1. Geltendmachung des Anspruchs (§ 10 StrEG)	1316
2. Entschädigungsklage (§ 13 Abs. 1 StrEG)	1320
VIII. Verfügung über den Entschädigungsanspruch (§ 13 Abs. 2 StrEG)	1324
§ 30 Registerrechtliche Fragen (Bundeszentralregister, MiStra)	
I. Bundeszentralregister	1326
1. Allgemeines	1326
2. Inhalt des Registers und der Eintragung (Überblick)	1329
3. Auskünfte aus dem Zentralregister	1330
4. Führungszeugnis	1332
5. Entfernung und Tilgung der Eintragung	1338
6. Rechtswirkungen der Tilgung	1346
7. Die Rechtsmittel im Registerrecht (Zusammenfassung)	1349
II. Mitteilungen in Strafsachen (MiStra)	1350
1. Allgemeines	1350
2. Das Justizmitteilungsgesetz als Rechtsgrundlage	1350
3. Die Anordnung über die Mitteilungen in Strafsachen (MiStra)	1352
4. Auskünfte über Mitteilungen	1354
5. Rechtsschutz	1355
Teil E. Kontrolle des Strafverfahrens durch BVerfG und EGMR	
§ 31 Verfassungsbeschwerde in Strafverfahren	
I. Bedeutung der Verfassungsbeschwerde	1359
1. Abgrenzung von Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit	1359
2. Position der Verfassungsbeschwerde im Rechtsschutzsystem	1360
3. Nachteile und Risiken	1362
4. Vorteile und Chancen	1363
II. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	1365
1. Beschwerdegegenstand	1365
2. Parteifähigkeit	1369
3. Prozessfähigkeit	1370
4. Beschwerdebefugnis	1370
5. Erschöpfung des Rechtswegs im engeren Sinne	1373
6. Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	1377
7. Antragstellung und Begründung	1380
8. Rechtsschutzinteresse	1385
III. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	1386
1. Prüfungsumfang	1387
2. Mittelbare Rechtssatzbeanstandung	1388
3. Auslegung und Anwendung der Gesetze	1399
4. Beachtung der Prozessgrundrechte	1400
IV. Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung	1415
V. Begleitanträge zur Verfassungsbeschwerde	1416
1. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1416
2. Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe	1416
VI. Verfassungsbeschwerde zum Landesverfassungsgericht	1417

Inhaltsverzeichnis

§ 32 Beschwerde zum EGMR	Seite
I. Bedeutung der Konvention und des Verfahrens	1419
1. Bedeutung der EMRK	1419
2. Die Beschwerde zum EGMR als Rechtsschutzmittel	1421
3. Orientierungswirkung von Entscheidungen des EGMR	1422
4. Organisation des Gerichtshofs	1425
II. Zulässigkeit der Menschenrechtsbeschwerde	1427
1. Verfahrensablauf bis zur Zulässigkeitsentscheidung	1427
2. Allgemeine Unzulässigkeitsgründe	1428
3. Unvereinbarkeit der Beschwerde mit der Konvention	1429
4. Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	1433
5. Frist zur Einlegung der Menschenrechtsbeschwerde	1434
6. Form und Inhalt der Menschenrechtsbeschwerde	1435
7. Vertretung des Beschwerdeführers	1435
III. Begründetheit der Menschenrechtsbeschwerde	1436
1. Allgemeines	1436
2. Allgemeine materielle Konventionsrechte mit Bezug zum Strafrecht	1438
3. Strafrechtliche Garantien	1449
4. Garantien für das Verfahren	1451

Teil F. Außerstrafrechtliche Folgen des Strafverfahrens

§ 33 Zivil-, arbeits- und familienrechtliche Folgen des Strafverfahrens	
I. Zivilrechtliche Konsequenzen und Begleitfolgen eines Strafverfahrens	1465
1. Folgewirkungen einer strafrechtlichen Verurteilung auf ein etwaiges Zivilverfahren	1466
2. Auch de lege ferenda keine Bindungswirkung von Strafurteilen	1468
3. Wahrheitspflicht versus Schweigerecht	1469
4. Das Strafverfahren als Aussetzungsgrund gem. § 149 ZPO?	1471
5. Die Wiederaufnahme des Zivilverfahrens gem. § 580 ZPO bei Vorliegen einer Straftat	1473
6. Die Möglichkeit der Aufhebung eines Schiedsspruchs gem. § 1059 ZPO bei Vorliegen einer strafbaren Handlung	1475
7. Gerichtsstand eines Inhaftierten	1476
8. Zivilrechtliche Haftung als Folge einer strafrechtlichen Verurteilung	1476
9. Strafrechtliche Verurteilung als Hindernis einer Tätigkeit als Geschäftsführer einer GmbH und Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft	1476
10. Die Abberufung eines Geschäftsführers aus wichtigem Grund bei Vorliegen einer Straftat	1479
11. Widerruf der Bestellung zum Vorstandsmitglied	1480
12. Versagung der Restschuldbefreiung und ausgenommene Forderungen	1481
II. Arbeitsrechtliche Konsequenzen und Begleitfolgen eines Strafverfahrens	1483
1. Straftat, Verdacht der strafbaren Handlung und Haft als Beendigungsgrund	1483
2. Auskunfts- und Offenbarungspflichten gegenüber dem Arbeitgeber, Offenbarungsrechte gegenüber Dritten	1495
3. Ausgewählte vermögensrechtliche Auswirkungen	1502
4. Verfahrensrechtliche Auswirkungen	1505
III. Familienrechtliche Konsequenzen und Begleitfolgen eines Strafverfahrens	1508
1. Scheidungsverfahren/Getrenntleben bei Inhaftierung	1509
2. Beschränkung des Umgangsrechts	1509
3. Umgangsrecht eines Inhaftierten	1513

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Beschränkung des Sorgerechts bei strafrechtlichen Verfehlungen	1514
5. Auswirkungen eines Strafverfahrens auf das Unterhaltsrecht	1515
6. Auswirkungen eines Strafverfahrens auf den Zugewinn	1520
7. Auswirkungen eines Strafverfahrens auf den Versorgungsausgleich	1520
§ 34 Disziplinar- und verwaltungsrechtliche Folgen des Strafverfahrens	
I. Öffentlicher Dienst	1522
1. Statusverlust kraft Gesetzes	1522
2. Disziplinarverfahren	1525
3. Entlassung aus Dienstverhältnissen auf Probe und auf Zeit	1531
II. Gewerberecht	1533
1. Die Bedeutung von Straftaten für die Beurteilung der Zuverlässigkeit von Gewerbetreibenden	1533
2. Auswirkungen des Strafverfahrens auf einzelne Verwaltungsverfahren	1534
III. Freie Berufe (Auswahl)	1538
1. Ärzte, Apotheker	1538
2. Rechtsanwälte	1542
3. Notare, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer (Übersicht)	1545
4. Architekten	1545
IV. Sonstige Tätigkeitserlaubnisse	1546
§ 35 Ausländerrechtliche Folgen des Strafverfahrens	
I. Allgemeines	1547
II. Aufenthaltsgesetz und Strafverfahren	1548
1. Die Folgen nach dem AufenthG, insbesondere die Ausweisung	1548
2. Das Strafurteil und seine Bedeutung für die Ausweisung	1552
3. Der Zeitpunkt des Erlasses der Ausweisungsverfügung	1554
III. Die Ausweisungsbeschränkungen nach Gemeinschaftsrecht	1555
IV. Türkische Staatsangehörige	1557
1. Die Bedeutung des Assoziationsabkommens bei Ausweisung	1557
2. Die Rechtsstellung nach Art. 7 S. 1 und 2 ARB 1/80	1558
3. Die Rechtsstellung nach Art. 6 ARB 1/80	1559
V. Einbürgerung, Zentralregister, Visaerteilung	1560
1. Staatsangehörigkeitsrecht	1560
2. Bundeszentralregister	1561
3. Visawarndatei	1561
VI. Die Beratung im Hinblick auf Strafbefehlsverfahren	1562
1. Das Problem der Zustellung	1562
2. Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	1563

Teil G. Spezifisches Berufswissen

§ 36 Technik der Zeugenvernehmung	
I. Einleitung	1568
II. Aussagepsychologische Kenntnisse zu Zeugenaussagen	1569
1. Aussagekompetenz	1569
2. Entstehungsgeschichte der Aussage	1570
3. Motivationsanalyse	1571
4. Kriterienorientierte Aussageanalyse	1571
5. Qualitäts-Kompetenz-Vergleich/Erfindungskompetenz	1571
III. Aussagepsychologie in der höchstrichterlichen Rechtsprechung	1572
IV. Um welchen Zeugen geht es?	1573

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Irrender Zeuge	1573
2. Bewusst falsch aussagender Zeuge	1573
3. Vernehmungsbeamter	1575
4. Betroffener/Opfer/Nebenkläger	1576
5. Kinder als Zeugen	1577
6. Der Zeuge, der guten Willens ist	1577
7. Der Zeuge, der sich lange nicht erinnert hat	1578
8. Verwandte, Freunde, die mit ihrer Aussage dem Beschuldigten helfen wollen	1578
9. Ehemalige Mitbeschuldigte	1578
10. Gefährdete Zeugen	1578
11. Kronzeuge, V-Leute, § 31 BtMG-Zeuge	1578
V. Auswertung des Aktenmaterials	1578
VI. Auskünfte des Mandanten	1581
VII. Aussagepsychologische Aspekte der Vernehmung	1581
VIII. Zur Befragung des Zeugen in der Hauptverhandlung	1582
§ 37 Rhetorik	
I. Einleitung	1586
II. Die Angemessenheit der Rede	1587
III. Die Botschaft	1589
IV. Die 7 Sterne, nach denen der Redner greifen soll	1590
1. Ein Plädoyer soll informativ und interessant sein	1590
2. Ein Plädoyer muss klar, verständlich und genau sein	1592
3. Ein Plädoyer soll abwechslungsreich in Gedankenführung und Vortrag sein	1594
4. Ein Plädoyer soll in der Sprache anschaulich und bildhaft sein	1595
5. Auch im Gerichtssaal gilt: Humor ist nicht verboten!	1595
6. Ein Plädoyer wird von der Persönlichkeit des Redners geprägt	1596
7. Gerade vor Gericht gilt: Eine Rede soll wahrhaftig und redlich sein	1596
V. Schluss	1598
§ 38 Die digitale Strafverteidigerkanzlei	
I. Kanzleiausstattung und Personal	1600
1. IT-Kanzleiausstattung	1600
2. Personal	1612
II. Aufbau- und Ablaufprozess	1616
1. Mandatsannahme und Interessenkollision	1616
2. Aktenanlage und Stammdatenerfassung	1617
3. Post-/E-Mail-Bearbeitung	1618
4. Bearbeitung von Haftsachen/Fremdgeldverwaltung	1620
5. Archivierung/Vernichtung bzw. Löschung	1622
III. Elektronische Aktenaufbereitung und -verwaltung	1623
1. Erfassen der Akte	1623
2. Elektronische Aktenführung und elektronischer Rechtsverkehr	1624
3. Juristische Aufbereitung des Akteninhalts	1633
IV. Präsentation der Verteidigung	1636
V. Fazit und Ausblick	1638

Teil H. Risiken der Strafverteidigung

§ 39 Strafrechtliche Risiken

I. Allgemeines	1641
1. Funktion der Strafverteidigung	1641

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Abgrenzung zu anderen Beiträgen	1642
II. Strafverteidigung und Strafvereitelung	1642
1. Recht zur umfassenden Information	1643
2. Umgang mit der Wahrheit	1645
3. Umgang mit Zeugen	1648
4. Umgang mit sachlichen Beweismitteln	1650
5. Prozessverzögerung, Missbrauch prozessualer Rechte	1651
6. Strafvollstreckungsvereitelung	1653
7. Versuch und Vorbereitungshandlung	1654
8. Wiederaufnahmeverfahren	1654
9. Subjektiver Tatbestand	1655
III. Grenzen der Solidarisierung mit dem Mandanten	1655
1. Beteiligung an der Straftat des Mandanten	1655
2. Beteiligung an Aussagedelikten	1657
3. Nötigung	1658
4. Erpressung	1659
IV. Grenzen aufgrund besonderer Rechte und Pflichten	1660
1. Parteiverrat	1660
2. Schweigerecht und Schweigepflicht	1663
3. Verbotener Verkehr mit Gefangenen	1666
V. Grenzen bei der Rechtsausübung	1668
1. Täter-Opfer-Ausgleich	1668
2. Falsche Versicherung an Eides statt	1668
3. Ehrverletzungsdelikte	1669
4. Teilnahmerisiko an einer Rechtsbeugung	1672
VI. Risiken beim Umgang mit Geld	1673
1. Untreue	1673
2. Geldwäsche	1674
3. Gebührenüberhebung	1677
VII. Strafrechtliches Berufsverbot (§§ 70 ff. StGB)	1681
1. Verhältnis zum Berufsrecht	1681
2. Voraussetzungen	1682
3. Vorläufiges Berufsverbot	1682
4. Dauer und Wirkung des Berufsverbots	1683
§ 40 Berufsrechtliche Risiken	
I. Rechtsgrundlagen des Berufsrechts	1684
II. Funktion des Berufsrechts	1685
III. Verfassungsrecht	1686
IV. Einzelne berufsrechtliche Bestimmungen	1687
1. Generalklausel, § 43 BRAO	1687
2. Verschwiegenheitspflicht, § 43a Abs. 2 BRAO	1689
3. Sachlichkeitsgebot, § 43a Abs. 3 BRAO	1693
4. Interessenwiderstreit, §§ 43a Abs. 4 BRAO	1699
V. Berufsaufsicht und Anwaltsgerichtsbarkeit	1705
1. Kammersanktionen	1706
2. Anwaltsgerichtliche Sanktionen	1707
3. Rechtsmittel	1710
§ 41 Zivilrechtliche Risiken	
I. Allgemeines	1712
II. Kein haftungsrechtlicher Freiraum für Verteidiger	1713
1. Das Zivilrecht der Verteidigung	1713

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Kasuistik	1714
III. Verteidigerpflichten	1715
1. Übertragung der allgemeinen Anwaltspflichten auf die Verteidigung	1715
2. Informations- und Aufklärungspflichten	1717
3. Rechtsprüfungspflichten	1718
4. Beratungs- und Belehrungspflichten	1719
5. Handlungs- und Schadensverhütungspflichten	1721
6. Vertiefungen	1722
IV. Pflichtwidrigkeit und Verschulden	1724
1. Pflichtwidrigkeit	1724
2. Verschulden	1725
V. Schaden und haftungsausfüllende Kausalität	1725
1. Schaden	1726
2. Kausalität und Zurechnung	1728
3. Beweis	1729
VI. Haftung aus Delikt	1730
VII. Verjährung	1730
VIII. Haftpflichtversicherung und Haftungsbegrenzungen	1731
1. Haftpflichtversicherung	1731
2. Haftungsbeschränkungen	1732

Teil I. Finanzielle und steuerrechtliche Aspekte der Strafverteidigung

§ 42 Vergütung nach dem RVG und Vergütungsvereinbarung

I. Vorbemerkung	1737
II. Vergütung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)	1737
1. Entwicklung des RVG	1737
2. Anwendungsbereich der Teile 4 bis 6 VV	1738
3. System der gesetzlichen Vergütung	1740
4. Beratungs- und Gutachtertätigkeit in Strafsachen	1744
5. Allgemeine Gebühren (Nr. 4100–4103 VV)	1747
6. Vorbereitendes Verfahren (Nr. 4104 f. VV)	1751
7. Gerichtliches Verfahren – Erster Rechtszug (Nr. 4106–4123 VV)	1753
8. Gerichtliches Verfahren – Berufung (Nr. 4124–2127 VV)	1764
9. Gerichtliches Verfahren – Revision (Nr. 4130–4133 VV)	1764
10. Wiederaufnahmeverfahren (Nr. 4136–4140 VV)	1765
11. Zusatzgebühr bei Vermeidung einer Hauptverhandlung (Nr. 4141 VV)	1766
12. Zusatzgebühr bei Einziehung und verwandten Maßnahmen (Nr. 4142 VV)	1774
13. Zusatzgebühr bei Geltendmachung/Abwehr vermögensrechtlicher An- sprüche des Verletzten (Nr. 4143, 4144 VV)	1777
14. Beschwerde nach § 406a S. 1 StPO (Nr. 4145 VV)	1780
15. Antrag auf gerichtliche Entscheidung und Beschwerde im Strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren (Nr. 4146 VV)	1780
16. Einigung im Privatklageverfahren (Nr. 4147 VV)	1780
17. Strafvollstreckung (Vorbemerkung 4.2, Nr. 4200–4208 VV)	1780
18. Einzeltätigkeiten (Nr. 4300–4304 VV)	1783
19. Strafvollzug (Teile 2 und 3 VV)	1788
20. Rechtshilfeverfahren (IRG) und Verfahren nach dem IStGHG (Nr. 6100– 6102 VV)	1788
III. Vergütungsvereinbarung	1790
1. Arten des Mandats	1790

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Vorbereitung der Vereinbarung	1791
3. Zeitpunkt der Vereinbarung	1791
4. Form der Vereinbarung	1791
5. Inhalt der Vereinbarung	1792
6. Vergütungsvereinbarung des Pflichtverteidigers	1795
§ 43 Zivilrechtliche Erstattung von Verteidigungskosten, Bußgeldern, Geldauflagen und Geldstrafen	
I. Einleitung und Entwicklung der Fragestellung	1800
II. Kostenübernahme in der öffentlichen Verwaltung	1802
III. Kostenübernahmen durch privatrechtliche Arbeitgeber	1803
1. Kostenübernahmen mit Versicherungsschutz	1804
2. Kostenübernahmen ohne Versicherungsschutz	1813
3. Einzelne Entscheidungskriterien	1824
IV. Kostenübernahme durch Privatpersonen/Dritte	1828
1. Strafvereitelung	1828
2. Insolvenz des Beschuldigten	1829
V. Zusammenfassung	1831
§ 44 Steuerrechtliche Behandlung von Verfahrens- und Verteidigungskosten, Bußgeldern, Geldauflagen und Geldstrafen	
I. Vorbemerkung	1834
II. Ertragssteuerrechtliche Abzugsfähigkeit von Verfahrens- und Verteidigungskosten	1834
1. Allgemeine Grundsätze	1834
2. Betriebsausgaben- und Werbungskostenabzug	1835
3. Sonderausgaben	1846
4. Außergewöhnliche Belastungen	1848
III. Ertragssteuerrechtliche Abzugsfähigkeit von Geldstrafen, Bußgeldern und Geldauflagen	1853
IV. Umsatzsteuerrechtliche Fragen	1854
1. Abzugsfähigkeit von Vorsteuerbeträgen aus Rechnungen des Strafverteidigers	1854
2. Steuerpflicht von Beratungsleistungen „über die Grenze“	1856
V. Übernahme von Verteidigungskosten durch Unternehmen	1858
1. Gestaltungsmöglichkeit: Vergütungsvereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Verteidiger	1859
2. Gestaltungsmöglichkeit: Vergütungsvereinbarung zwischen Unternehmen und Verteidiger	1860
3. Für das Unternehmen vorzugswürdige Gestaltungsmöglichkeit	1860
4. Besonderheiten bei der Kostenübernahme für Organmitglieder und Gesellschafter	1860
VI. Übernahme von Geldstrafen, Bußgeldern, Geldauflagen und Verfahrenskosten durch Unternehmen	1861
1. Grundsätzlich steuerpflichtiger Arbeitslohn	1861
2. Ausnahmsweise kein steuerpflichtiger Arbeitslohn	1862
3. Abzugsfähigkeit beim Arbeitnehmer	1863
4. Abzugsfähigkeit beim Arbeitgeber	1863
VII. Ausblick: aktuelle Rechtsprechung zur Einziehung	1864
VIII. Korrekte Rechnungsstellung	1866

Inhaltsverzeichnis

Teil J. Spezialgebiete der Strafverteidigung

§ 45 Kapitalstrafsachen

I. Einleitung	1870
II. Dogmatische Grundlagen in Kapitalsachen	1875
1. Das Verhältnis von § 211 zu § 212 StGB	1875
2. Vorsatz bei Tötungsdelikten	1877
3. Die Rechtsfolgenlösung des BGH im Rahmen des § 211 StGB	1880
4. Erfolgsqualifizierte Delikte mit Todesfolge: der besondere Ursachenzusammenhang zwischen Tat und Todesfolge	1881
III. Allgemeine Fragestellungen	1882
1. Zuständigkeit des Schwurgerichts	1882
2. Untersuchungshaft	1882
3. Eigene Ermittlungen des Verteidigers	1883
4. Verteidigung und Medien	1883
IV. Die Erstvernehmung des Beschuldigten	1884
1. Asymmetrie in der Vernehmungssituation	1884
2. Frühestmöglicher Beistand des Verteidigers	1886
3. Wahrnehmung der Aussagefreiheit	1887
4. Belehrungspflicht auf Schweige- und Konsultationsrechte gem. §§ 136, 137 StPO	1888
5. Die Bedeutung von § 136a StPO in Kapitalstrafverfahren	1894
6. Geständnis und Widerruf	1898
V. Das Verhältnis gerichtlicher und sachverständiger Aufgabenstellung zur Schuldfähigkeitsfeststellung §§ 20, 21 StGB	1900
1. Rollenverteilung – Abgrenzung	1900
2. Rauschähnliche Zustände, tiefgreifende Bewusstseinsstörung, schwere andere seelische Abartigkeit (SASA)	1901
3. Aufgaben der Verteidigung	1904
4. Verschiedene Fallkonstellationen	1905
5. Der rechtsmedizinische Sachverständige	1907
6. Die Genomanalyse (§ 81e StPO)	1909
7. Die toxikologische Untersuchung (§ 91 Abs. 2 StPO)	1909
8. Sachverständigenkontrolle und Intervention gegen unrichtige Gutachten-ergebnisse	1909
9. Der kriminaltechnische Sachverständige	1909
VI. Kapitaldelikte und Affekt	1910
1. Auswirkungen des Affekts bei Tötungsdelikten	1910
2. Affekt und Bewusstseinsstörung iSd §§ 20, 21 StGB	1910
3. Berücksichtigung des Affekts im Rahmen des § 213 StGB	1913
4. Berücksichtigung des Affekts im Rahmen des § 33 StGB	1916
5. Affekt und Tötungsvorsatz	1916
6. Auswirkungen auf die Mordmerkmale	1916
7. Affekt und Rücktritt vom Versuch	1916
8. Besonderheiten für die Verteidigung bei Affektdelikten	1917
9. Die Bedeutung des Sachverständigen bei Affektdelinquenz	1917
VII. Besonderheiten des Beweisantragsrechts (Hinweispflicht bei Missverständnis)	1917
VIII. Hinweispflicht nach § 265 StPO	1918
IX. Besondere Schwere der Schuld, § 57a StGB	1920

§ 46 Betäubungsmittelstrafsachen

I. Vorbemerkungen	1926
1. Zielsetzungen des Beitrags	1926
2. Drogenpolitische Einordnung des BtMG	1929

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Mandantschaft	1938
II. Grundlagen	1940
1. Rechtsgüterschutz	1940
2. Aufbau des Gesetzes	1942
3. Verhältnis zum AMG und NpSG	1944
III. Strafrechtliche Vorschriften des BtMG	1946
1. Art, Menge und Wirkstoffgehalt von BtM	1946
2. Besitz	1948
3. Konsum von BtM	1951
4. Handeltreiben	1952
5. Einfuhr, Durchfuhr, Ausfuhr	1963
6. Abgabe	1965
7. Strafmaßbestimmung	1966
IV. Weitere Aspekte der Beratung und Verteidigungsziele	1969
1. Delikttypische Diversionsmöglichkeiten	1969
2. Vertretung suchtkranker Mandanten	1977
3. Fahrerlaubnis in Gefahr	1990
§ 47 Verkehrsstraf- und OWi-Sachen	
I. Einleitung	1996
II. Allgemeines	1997
1. Erste Fragen	1997
2. Akteneinsicht	1999
3. Zusammenarbeit mit Sachverständigen	1999
III. Verkehrsstrafsachen	2000
1. Trunkenheitsfahrt und Straßenverkehrsgefährdung	2000
2. Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)	2003
3. Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB)	2007
4. Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (§ 315b StGB)	2010
5. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB)	2011
6. Fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung (§§ 222, 229 StGB), Nötigung (§ 240 StGB)	2018
7. Verbotene Fahrzeugrennen (§ 315d StGB)	2024
8. Unterlassene Hilfeleistung (§ 323c StGB)	2025
9. Nebenstrafrecht	2025
10. Strafrechtliche Folgen von Verkehrsdelinquenz	2027
11. Verfahrensrecht: Vorläufige Führerscheinmaßnahmen	2032
12. Exkurs: Wiedererlangung der Fahrerlaubnis	2034
IV. Verkehrsordnungswidrigkeiten	2037
1. Einleitung	2037
2. Einzelne Verkehrsordnungswidrigkeiten	2037
3. Das Rechtsfolgensystem der Verkehrsordnungswidrigkeiten	2045
4. Verjährung und deren Unterbrechung	2048
5. Verfahrensrecht im Ordnungswidrigkeitenrecht	2050
6. Fahreignungsregister	2055
§ 48 Sexualstrafsachen	
I. Einleitung	2059
II. Rechtstatsächliche Befunde	2060
III. Die Verteidigung im Bereich des Sexualstrafrechts	2063
1. Der Strafverteidiger	2063
2. Das Verhältnis zum Mandanten	2064
3. Das Verhältnis zum mutmaßlichen Tatverletzten	2065

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Das Verhältnis zur Staatsanwaltschaft und zum Gericht	2066
5. Das Verhältnis zur Öffentlichkeit	2068
6. Prozessuale Besonderheiten bei der Verteidigung in Sexualstrafverfahren	2069
7. Besonderheiten im Strafvollzug und der Strafvollstreckung	2088
§ 49 Arztstrafrecht	
I. Vorbemerkung	2095
II. Materielles Arztstrafrecht	2096
1. Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB) und fahrlässige Tötung (§ 222 StGB)	2096
2. Vorsätzliche Körperverletzung (§ 223 StGB)	2113
3. Unterlassene Hilfeleistung (§ 323c StGB)	2123
4. Behandlungsabbruch/Sterbehilfe	2125
5. Die Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht	2129
6. Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse, § 278 StGB	2130
7. Werbung für den Schwangerschaftsabbruch, § 219a StGB	2131
8. Abrechnungsbetrug	2131
9. Untreue	2136
10. Korruption	2136
III. Verteidigung in Arztstrafsachen	2141
1. Charakteristika der Verteidigertätigkeit	2141
2. Verhaltensmaßgaben für den Fall strafrechtlicher Ermittlungen	2145
3. Verteidigungsagieren in einzelnen Verfahrenszusammenhängen	2154
4. Implikationen sonstiger Verfahrenserledigung	2161
5. Sonstige rechtliche Konsequenzen von Arztstrafsachen	2163
§ 50 Cybercrime und Datenkriminalität	
I. Überblick	2172
1. Einleitung	2172
2. Glossar	2173
II. Cybercrime	2175
1. Allgemeines	2175
2. Computerbetrug § 263a StGB	2178
3. Ausspähen von Daten § 202a StGB	2180
4. Abfangen von Daten § 202b StGB	2181
5. Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten § 202c StGB	2182
6. Datenhehlerei § 202d StGB	2183
7. Fälschung beweisereheblicher Daten §§ 269, 270 StGB	2183
8. Datenveränderung § 303a StGB	2184
9. Computersabotage § 303b StGB	2185
10. Betreiben krimineller Handelsplattformen im Internet § 127 StGB	2186
11. „Cyberstalking“ § 238 Abs. 1 Nr. 5 StGB	2187
12. Cybercrime iwS (ausgewählte Phänomene)	2188
III. Datenkriminalität	2191
1. Art. 83 DSGVO	2191
2. Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)	2195
3. Verletzung des Urheberrechts §§ 106 ff. UrhG	2197
4. Verletzung von Geschäftsgeheimnissen § 23 GeschGehG	2200
5. Sonstiger Geheimnisschutz	2204
6. Schutz der Persönlichkeitsrechte	2204
IV. Verfahrensrecht	2205
1. Allgemeines	2205
2. Durchsuchung und Beschlagnahme	2207

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Aufklärungstätigkeit „virtueller Ermittler“ im Netz	2212
4. Telekommunikationsüberwachung § 100a Abs. 1 StPO	2214
5. Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) und „kleine“ Systemüberwachung § 100a Abs. 1 S. 2 und 3 StPO	2219
6. Online-Durchsuchung § 100b StPO	2219
7. Verkehrsdatenauskunft § 100g StPO	2222
8. Bestandsdatenauskunft § 100j StPO	2224
9. Erhebung von Nutzungsdaten bei Telemediendiensten § 100k StPO	2225
10. Grenzüberschreitende Strafverfolgung	2226
§ 51 Ausländerrechtliche Straftaten	
I. Die ausländerrechtlichen Strafvorschriften aus dem Nebenstrafrecht	2230
1. Überblick	2230
2. Zielsetzung und Schutzbereich	2231
II. Einzelne Straftatbestände des AufenthG nach inkriminierten Verhaltensweisen	2233
1. Einreisedelikte	2234
2. Der unerlaubte Aufenthalt	2239
3. Pass- und Ausweisdelikte	2240
4. Strafbare Verstöße gegen vollziehbare Anordnungen	2242
5. Das Erschleichen eines Aufenthaltstitels	2243
6. Das Einschleusen von Ausländern gem. § 96 AufenthG	2246
III. Straftaten wegen Verstoßes gegen das FreizügG/EU	2251
IV. Straftaten nach dem Asylgesetz	2252
1. Das Verleiten zu oder Unterstützen bei falschen Angaben	2252
2. Sonstige Straftaten nach § 85 AsylG	2254
§ 52 Jugendstrafverfahren	
I. Besondere Anforderungen an die Verteidigung in Jugendstrafverfahren	2258
1. Grundlagen.....	2258
2. Anforderungen an den Verteidiger	2259
II. Hinweise zur Jugendkriminalität	2259
1. Umfang und Bedeutung der Jugendkriminalität	2259
2. Besondere Erscheinungsformen und Problemlagen	2261
3. Ursachen, Präventionschancen	2264
III. Anwendungsbereich und Zielsetzung des Jugendstrafrechts	2265
1. Sachlicher Anwendungsbereich/Verhältnis zu den allgemeinen Vorschriften	2265
2. Persönlicher Anwendungsbereich	2266
3. Der Erziehungsgedanke	2266
4. Schuldfähigkeit und Verantwortungsreife	2267
5. Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende	2269
6. Straftaten in verschiedenen Alters- und Reifestufen	2271
7. Deutsches Jugendstrafrecht und internationale Perspektiven	2272
IV. Die Rechtsfolgen der Jugendstrafat	2273
1. Grundsatz	2273
2. Erziehungsmaßnahmen	2275
3. Zuchtmittel	2278
4. Jugendstrafe	2281
5. Maßnahmen der Besserung und Sicherung	2287
6. Nebenfolgen	2288
7. Einbeziehung rechtskräftiger Vorverurteilungen	2288
V. Vorläufige Erziehungsanordnungen, einstweilige Unterbringung, Untersu- chungshaft	2289
1. Vorläufige Anordnungen über die Erziehung	2289

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Einstweilige Unterbringung	2290
3. Heim statt Untersuchungshaft	2290
4. Untersuchungshaft	2291
VI. Das Mandat im Jugendstrafverfahren	2291
1. Der junge Beschuldigte	2291
2. Mandatserteilung	2293
3. Besondere Beteiligte bei Jugendstrafverfahren	2297
VII. Verteidigungsziele	2300
1. Allgemeine Hinweise	2300
2. Fehlender Nachweis der Verantwortungsreife	2301
3. Anwendung des Jugendrechts auf Heranwachsende	2301
4. Einstellungsmöglichkeiten	2302
5. Beschleunigung des Verfahrens	2304
6. Berücksichtigung zusätzlicher Folgen	2304
VIII. Besonderheiten des Jugendstrafverfahrens	2308
1. Allgemein	2308
2. Vorverfahren	2312
3. Zwischenverfahren	2313
4. Hauptverfahren	2314
5. Rechtsmittelverfahren	2315
6. Besondere Verfahren	2317
IX. Vollstreckung, Vollzug und Register	2319
1. Vollstreckung	2319
2. Vollzug	2319
3. Register	2320
§ 53 Berufsgewichtliche Verfahren	
I. Allgemeine Hinweise für den Strafverteidiger	2324
II. Disziplinarverfahren gegen Beamte, Richter und Soldaten	2326
1. Disziplinarverfahren und Straf- oder Bußgeldverfahren	2326
2. Verfahrensgang, Gerichte und Rechtsmittel im beamtenrechtlichen Disziplinarverfahren	2326
3. Disziplinarverfahren gegen Richter	2335
4. Disziplinarverfahren gegen Soldaten	2336
III. Disziplinarverfahren gegen Angehörige freier Berufe (Auswahl)	2338
1. Ärzte	2338
2. Rechtsanwälte	2340
3. Steuerberater (Steuerbevollmächtigte), Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer	2343
IV. Disziplinarverfahren gegen Notare	2345

Teil K. Zeugen und Verletztenbeteiligung

§ 54 Zeugen und Zeugenbeistände

I. Rechte und Pflichten des Zeugen	2348
1. Der Zeuge	2348
2. Zeugenpflichten	2349
3. Allgemeine Rechte	2350
4. Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrechte	2352
5. Zeugenschutz	2358
6. Zeugen vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen	2363
7. Recht auf Konsultation eines anwaltlichen Zeugenbeistands	2366

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Die Tätigkeit des anwaltlichen Zeugenbeistands	2369
1. Kollisionsfragen	2369
2. Aufgaben	2370
3. Ermittlung des Sachverhalts	2371
4. Teilnahme an der Vernehmung	2372
5. Kostenfragen	2375
III. Unternehmensinterne Erhebungen; sog. Internal Investigations und das VerSanG	2375
§ 55 Verteidigung bei Beteiligung von Verletzten	
I. Verteidigung bei Beteiligung von Verletzten	2379
1. Rollenverteilungen und Gewichtsverlagerungen	2379
2. Terminologische Unschärfen	2380
3. Verletztenbeteiligung/-rechte (Überblick)	2383
II. Vor- und Zwischenverfahren	2388
1. Anwaltliche Vertretung/Beiordnung	2388
2. Akteneinsicht	2390
3. Außer(straf)gerichtliche Einigung?	2391
4. Verteidigung für oder gegen TOA?	2393
5. Verteidigung gegen/im Klageerzwingungsverfahren	2394
6. Verteidigung gegen Privatklage	2395
7. Verteidigung gegen Nebenklage	2396
8. Glaubhaftigkeitsgutachten?	2397
9. Besonderheiten bei U-Haft	2398
10. Zwischenverfahren	2398
III. Haupt- und Rechtsmittelverfahren	2399
1. Terminierung/Hauptverhandlungsvorbereitung	2399
2. „Opfer“-Zeugen in der Hauptverhandlung	2399
3. Frage- und Beweisantragsrecht der Nebenklage	2403
4. Verteidigung im Adhäsionsverfahren	2404
5. Verständigung bei Verletztenbeteiligung	2405
6. Schlussvorträge	2405
7. Strafzumessung/Rechtsfolgenentscheidung	2405
8. Vermögensabschöpfung	2406
9. Rechtsmittelverfahren	2406
IV. Vollstreckung und Vollzug	2407
V. Jugendstrafverfahren	2409

Teil I. Verteidigung und Sachverständigenbeweis

1. Abschnitt. Die klassischen forensischen Wissenschaften

§ 56 Rechtsmedizin

I. Thanatologie	2412
1. Sichere Todeszeichen	2413
2. Todeszeitbestimmung	2416
II. Todesart und Todesursachen	2417
1. Natürlicher Tod	2417
2. Nicht natürlicher Tod	2421
III. Forensische Traumatologie	2451
1. Vitale Reaktionen	2451
2. Altersbestimmung von Verletzungen	2454

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Untersuchung lebender Personen	2455
4. Selbstbeschädigung	2456
5. Biomechanik des Verkehrsunfalls	2457
IV. Verkehrsmedizin	2460
1. Fahrtauglichkeit – Fahrtüchtigkeit	2460
V. Forensische Sexualmedizin	2470
1. Befunde bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung	2470
2. Befunde bei sexuellem Missbrauch von Kindern	2473
3. Befunde bei Perversionen einschließlich autoerotischem Unfall	2473
VI. Identifizierung unbekannter Toter	2474
VII. Bildgebende Verfahren – „Virtopsy“	2477
§ 57 Forensische Toxikologie	
I. Allgemeines	2480
1. Aufgabenbereiche der Toxikologie	2480
2. Beziehung Toxikologie – Strafrecht	2480
II. Nachweis von Arznei-, Sucht- und Giftstoffen in menschlichem Material	2484
1. Geeignetes Untersuchungsmaterial, Nachweisdauer	2484
2. Analytische Methoden, forensische Aussagekraft	2485
III. Forensische Bewertung von Analysenergebnissen	2487
IV. Relevante Arznei- und Suchtstoffe mit Wirkung auf das zentrale Nervensystem	2487
1. Stoffe mit zentral dämpfender Wirkung	2487
2. Stoffe mit zentral anregender Wirkung	2494
3. Stoffe mit halluzinogener Wirkung	2497
4. Neue psychoaktive Stoffe (NpS)	2498
5. Alkoholhaltige Arzneimittel	2499
V. Verkehrsrechtlich relevante Arzneistoffe ohne Wirkung auf das zentrale Nervensystem	2499
VI. Strafrechtlich relevante Gifte	2500
§ 58 Forensische Psychiatrie und Psychotherapie	
I. Einleitung	2503
1. Abgrenzungen zu verwandten Fachgebieten	2504
2. Kooperation mit dem forensischen Psychologen	2504
II. Bei welchen strafrechtlichen bzw. strafprozessualen Fragen sind psychiatrische Gutachten angezeigt?	2506
III. Forensisch-psychiatrische Untersuchung	2508
1. Rahmenbedingungen der Begutachtung	2508
2. Aktenstudium	2509
3. Psychiatrische Diagnostik	2509
4. Ablauf des gutachtlichen Gesprächs	2510
5. Inhalt des gutachtlichen Gesprächs	2510
6. Zusatzuntersuchungen	2513
7. Fehlermöglichkeiten bei der Erhebung der Vorgeschichte	2514
8. Fehlermöglichkeiten bei der Erhebung der Befunde	2514
9. Spezielle Probleme	2514
IV. Schriftliches Gutachten	2516
1. Gliederung des schriftlichen Gutachtens	2516
2. Aktendarstellung	2516
3. Angaben des Probanden	2516
4. Befunde	2517
5. Checkliste: Fehlermöglichkeiten im schriftlichen Gutachten	2519

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Mündliches Gutachten	2519
VI. Merkmalskategorien des § 20 StGB	2520
1. Krankhafte seelische Störung	2521
2. Tiefgreifende Bewusstseinsstörung	2531
3. Intelligenzminderung	2535
4. Schwere andere seelische Störung	2536
VII. Beurteilung der Prognose	2544
1. Beurteilung der Prognose bei der Anordnung von Maßregeln nach §§ 63, 64 und 66 StGB	2545
2. Anordnung der Maßregel gemäß § 66 StGB	2545
3. Beurteilung der Prognose im Rahmen der Strafvollstreckung	2547
4. Anforderungen an ein Prognosegutachten	2548
5. Die Gruppe der „Sexualstraftäter“	2549
6. Fehlermöglichkeiten bei der Prognosebeurteilung	2550
§ 59 Forensische Psychologie	
I. Einleitung	2552
II. Zur Auswahl des Sachverständigen – (Diplom-)Psychologe und/oder Psychia- ter?	2553
III. Die Forensisch-psychologische Begutachtung	2556
1. Psychologische Testbefunde	2558
2. Auswahl einiger testpsychologischer Verfahren	2559
IV. Die Begutachtung der Schuldfähigkeit	2560
1. Die „krankhafte seelische Störung“	2560
2. Die „Intelligenzminderung“	2561
3. Die „tiefgreifende Bewusstseinsstörung“	2562
4. Die „schwere andere seelische Störung“	2563
V. Die Begutachtung der Legalprognose	2566
§ 60 Psychologische Begutachtung von Aussagen	
I. Potenzielle Ursachen unrichtiger Aussagen	2573
1. Aussagefähigkeit	2573
2. Irrtümer	2576
3. Scheinerinnerungen	2577
4. Absichtliche Falschaussagen	2579
5. Schlussfolgerungen	2579
II. Geeignete und ungeeignete Methoden zur Beurteilung der Glaubhaftigkeit einer Aussage	2580
1. Subjektive Eindrucksbildung	2580
2. Nonverbale Verhaltensweisen	2580
3. Körperliche Symptome und Verhaltensauffälligkeiten	2580
4. Spielverhalten und Kinderzeichnungen	2581
5. Wahre und falsche Aussagen als Resultat einer kognitiven Leistung	2581
III. Integrative Evaluation der Befund- und Anknüpfungstatsachen und Entschei- dung über die aufgestellten Hypothesen	2597
IV. Grenzen der Realkennzeichenanalyse	2597
1. Keine Aussage vorhanden	2597
2. Unzureichendes Aussagematerial	2597
3. Training	2598
4. Ungeeignete Befragungsformen	2598
5. Vorgegangene suggestive Befragungen	2599
6. Grundsätzliche Kritik an der Methode der aussagepsychologischen Be- gutachtung	2600
	XLI

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Darstellung der Begutachtung	2600
1. Allgemeines	2600
2. Erkennbarkeit der Untersuchungshypothesen	2601
3. Benennung und Beschreibung der Anknüpfungs- und Befundtatsachen	2602
4. Trennung von Befundbericht und diagnostischer Würdigung der Befunde	2604
5. Transparenz der Integrations- und Schlussfolgerungsregeln	2604
VI. Konsequenzen für die Verteidigung	2605
2. Abschnitt. Kriminaltechnik und Spurensicherung	
§ 61 Kriminaltechnik aus der Perspektive der Verteidigung	
I. Einleitung	2607
1. Kriminaltechnik im System der Kriminalwissenschaften	2608
2. Begriff der Kriminaltechnik	2609
3. Bedeutung der Kriminaltechnik	2610
II. Problematik der Kriminaltechnik	2611
1. Die defizitäre Ausbildungssituation	2611
2. Sachliche Fehlerquellen	2613
3. Die kriminaltechnische Beweisführung als „verdeckter“ Personalbeweis	2615
4. Beweiswürdigungsfragen und Darlegungsanforderungen	2618
III. Kriminaltechnik als Herausforderung für professionell verstandene Verteidi- gung	2620
IV. Die Kontrolle der einzelnen Ermittlungsschritte	2621
1. Tatortarbeit	2621
2. Labor	2624
3. Befundbewertung	2626
V. Fazit	2634
§ 62 Tatortarbeit, spezielle Methoden der Spurensuche und -sicherung	
I. Die Bedeutung des Sachbeweises	2636
1. Zuständigkeiten für Tatortarbeit	2636
2. Beweiswert von materiellen Spuren	2637
3. Fachliche Einordnung der Tatortarbeit	2638
4. Tatortarbeit und Kriminaltechnik	2639
II. Begriffsbestimmungen	2640
III. Grundsätze der Tatortarbeit	2642
1. Absperrung und Zugangskontrolle	2642
2. Tatort-Management	2642
3. Dokumentation	2643
4. Schutz vor Kontamination	2644
5. Spurenbearbeitung	2644
6. Tatbefundbericht/Untersuchungsantrag	2645
IV. Spezielle Spurensicherungsmethoden	2645
1. Optische Verfahren	2645
2. Sicherung daktyloskopischer Spuren	2646
3. Sicherung körperzellenhaltiger Spuren	2648
4. Sicherung von technischen Formspuren	2649
5. Sicherung von Mikrosparten	2650
6. Sicherung textiler Spuren	2651
7. Sicherung von Materialspuren biologischen Ursprungs	2652
8. Sicherung von Schusswaffenspuren	2653
9. Sicherung von Informations- und Kommunikationsspuren (digitale Spuren)	2653

Inhaltsverzeichnis

	Seite
10. Sicherung von Urkunden als Spur	2654
11. Rechtsmedizinische Expertise bei der Sicherung von Spuren am Auffindort von Leichen (→ § 56)	2655
12. Sicherung von Brandspuren	2656
13. Defizite bei der Tatortarbeit	2658
§ 63 Das Kriminaltechnische Institut des Bundeskriminalamtes	
I. Einleitung	2659
II. Organisation des Kriminaltechnischen Instituts des Bundeskriminalamtes	2661
III. Untersuchungsmaterialien	2662
IV. Untersuchungsziele	2663
V. Besondere Kernaufgaben des Kriminaltechnischen Instituts des Bundeskriminalamtes	2664
1. Kriminaltechnische Forschung und Entwicklung (FuE)	2664
2. Sammlungen und Informationssysteme	2666
3. Beratung	2667
4. Aus- und Fortbildung	2668
5. Gremienarbeit	2668
§ 64 Forensische Spurenanalytik mittels Rasterelektronenmikroskopie und Röntgenanalytik	
I. Einführung	2670
II. Kriminaltechnische Untersuchungen	2671
1. Rasterelektronenmikroskopie (REM)	2671
2. Röntgendiffraktometrie (XRD)	2674
3. Röntgenfluoreszenzspektroskopie (XRF)	2675
III. Qualitätsmanagement	2676
IV. Zusammenfassung	2677
§ 65 Sonstige Materials Spuren (Lack, Glas, Kunststoffe, Chemikalien und Zubereitungen)	
I. Einleitung	2678
II. Automobillacke und sonstige Lacke	2681
1. Automobillacke	2681
2. Sonstige Lackspuren	2682
3. Beweiswert	2683
4. Fallbeispiel	2683
III. Glas	2684
IV. Kunststoffe	2686
1. Einführung und Übersicht	2686
2. Klebstoffe und Bauschäume	2687
3. Klebebänder	2688
4. Müllbeutel	2689
5. Kondome	2690
6. Reifengummi	2690
7. Gleit- und Schmiermittel	2691
8. Kosmetika	2691
V. Bargeldeinfärbemittel	2692
VI. Chemikalien und Zubereitungen	2693
VII. Fallbeispiel: Zusammentreffen verschiedener Materials Spuren	2693

Inhaltsverzeichnis

§ 66 Erforschung von Brand- und Explosionsursachen	Seite
I. Einleitung	2695
II. Ursachenerforschung	2696
1. Grundlagen	2696
2. Untersuchungsmethodik	2703
3. Begutachtung	2706
4. Fehlerquellen	2707
III. Ausblick	2708
§ 67 Schusswaffen, Munition, Ballistik	
I. Allgemeines	2710
II. Munition und ihre Bestandteile	2710
1. Patronen; Aufbau und Bezeichnungen	2710
2. Geschosse	2711
3. Treibmittel	2712
4. Hülsen	2713
5. Zündelemente	2713
III. Waffen	2714
1. Wesentliche Bauteile einer Waffe	2714
2. Waffenbezeichnungen	2716
3. Kurzwaffen (Faustfeuerwaffen)	2716
4. Langwaffen (Handfeuerwaffen)	2717
IV. Ballistik	2718
1. Die Teilgebiete der Ballistik	2718
2. Die Schussentwicklung (Innenballistik)	2718
3. Der Geschossabgang (Abgangsbalistik)	2719
4. Der Geschossflug (Außenballistik)	2720
5. Geschossverhalten in harten Materialien (Endballistik)	2721
6. Geschosseinwirkung auf Mensch und Tier (Wundballistik)	2722
V. Forensische Ballistik	2723
1. Allgemeines	2723
2. Untersuchungen an Bestandteilen der Munition	2724
3. Schmauchspuren	2725
4. Flugbahnrekonstruktion	2725
5. Untersuchung endballistischer Spuren	2726
6. Rekonstruktion mit Einbezug des wundballistischen Spurenbildes	2726
§ 68 Schussspuren	
I. Ziel und Zweck der Untersuchungen	2729
1. Schussentfernungsbestimmung	2729
2. Schusshanduntersuchung	2729
3. Rekonstruktion	2729
II. Grundlagen	2729
1. Waffen und Munition	2729
2. Vorgänge bei der Schussabgabe	2729
3. Zusammensetzung/Bestandteile des Schmauchs	2730
4. Tatortarbeit	2730
5. Asservierung	2730
6. Rechtsmedizinische Untersuchungen	2730
III. Schussentfernungsbestimmung	2731
1. Ein- und Ausschuss	2731
2. Primär- und Sekundäreinschuss	2731
3. Schussrichtung	2731
4. Einteilung der Entfernungsbereiche	2731

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Methoden zur Schussentfernungsbestimmung	2732
6. Vergleich der Methoden zur Schussentfernungsbestimmung	2734
IV. Schusshanduntersuchungen	2735
1. Spurensicherung	2735
2. Untersuchungsverfahren	2735
3. Nachweisgrenzen und Kontaminationsgefahren	2736
V. Rekonstruktion	2736
1. Zusammenführen aller Untersuchungsergebnisse	2736
2. Modelle zur Tatrekonstruktion	2736
3. Einbindung der Ballistik	2737
VI. Spezielle Aspekte der Qualitätssicherung	2737
§ 69 Formspuren, Widersichtbarmachung entfernter Zeichen	
I. Einführung	2739
II. Überblick über die Untersuchungsgebiete	2739
1. Formspuren	2739
2. Widersichtbarmachung entfernter Markierungen	2743
III. Individualitätscharakter von technischen Oberflächen	2744
1. Wirkflächen eines Spurenerzeugers	2744
2. Technische und natürliche Oberflächen	2745
3. Gebrauchsbedingte Zufallsprozesse	2745
4. Fertigungstechnisch bedingte Zufallsparameter	2746
5. Hypothese von der Einzigartigkeit von Oberflächen	2747
IV. Aspekte zur Befundbewertung	2747
1. Bayes-Ansatz zur Umkehr der Kausalität	2747
2. Befundbewertungsskalen	2752
3. Vier-Augen-Prinzip	2754
§ 70 DNA-Analyse	
I. Einleitung	2756
II. Biologische Grundlagen	2757
III. Spurensicherung/Kontaminationsvermeidung/Umgang mit Asservaten	2759
IV. Spurenbewertung	2760
1. Allgemeines	2760
2. Optische Hilfsmittel	2760
3. Vorproben	2760
4. Nachweisverfahren	2762
V. Ablauf der DNA-Analyse	2762
1. Allgemeines	2762
2. DNA-Extraktion	2762
3. DNA-Quantifizierung	2763
4. DNA-Amplifikation	2763
5. Fragmentlängenanalyse	2763
5 5 Auswertung der Analysedaten	2764
VI. Vergleichende Untersuchungen	2767
1. Allgemeines	2767
2. Ausschluss eines vermeintlichen Spurenlegers	2767
3. Einfache Übereinstimmung zwischen Spur und Person	2767
4. Populationsdaten	2769
VII. Problemfälle der Bewertung: Teil- und Mischprofile	2770
1. Untersuchung von Mischspuren	2770
2. Untersuchung von Minimalspuren	2772

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VIII. Untersuchung von Proben und deren Speicherung in der DNA-Analysedatei	2773
1. Allgemeines	2773
2. Untersuchung offener Tatortspuren	2774
3. Recherche von Mischspuren	2774
4. Umgang mit Datenbanktreffern	2774
IX. Sonderfälle der DNA-Untersuchung	2775
1. Untersuchung von Merkmalen auf Geschlechtschromosomen	2775
2. Untersuchung mitochondrialer DNA	2776
3. Die DNA-Reihenuntersuchung	2777
4. Erweiterte DNA-Analyse	2777
X. Ausblick	2778
§ 71 Identifizierung, Quantifizierung und Vergleich von Betäubungsmitteln und Neuen psychoaktiven Stoffen (NpS)	
I. Einleitung	2780
II. Die Untersuchungsverfahren	2782
1. Vorteste	2782
2. Probenbeschreibung	2782
3. Probennahme	2782
4. Probenvorbereitung	2783
5. Identifizierung	2783
6. Quantifizierung	2785
7. Vergleichsanalytik	2786
8. Spurenanalytik	2788
III. Qualitätssicherung	2788
IV. Ergebnisse der Untersuchungen	2788
1. Heroin	2789
2. Kokain	2789
3. Amfetamin	2789
4. MDMA	2789
5. Cannabisprodukte	2790
§ 72 Materials Spuren biologischen Ursprungs und Bodenspuren	
I. Themenabgrenzung	2792
II. Untersuchungsziele	2792
III. Voraussetzungen für die fach- und sachgerechte Untersuchung biologischer Spuren	2792
IV. Besonderheiten forensisch relevanter biologischer Spuren	2793
V. Die Spurenarten	2794
1. Tierspuren	2794
2. Pflanzenspuren	2796
3. Mikrobiologische Spuren	2799
4. Bodenspuren	2800
VI. Ausblick	2801
§ 73 Textilspuren	
I. Einleitung	2803
II. Die textile Produktionskette	2803
III. Textile Materials Spuren	2804
1. Fasertransfer	2804
2. Faserpersistenz	2805
3. Faserspuren-sicherung	2806
4. Spurensuche und Spurenpräparation	2806

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Faseranalyse	2807
6. Befundwertung	2810
IV. Textile Gegenstandsspuren	2811
V. Textile Formspuren	2811
1. Beschädigungen	2811
2. Pass-Spuren	2812
3. Knoten	2812
4. Abdrücke und Eindrücke	2813
5. Anschmelzspuren	2813
VI. Andere Spuren mit textilem Bezug	2813
VII. Ausblick	2814
§ 74 Urkundenprüfung	
I. Einleitung	2816
II. Die Urkunde als Objekt	2817
1. Fälschungen	2817
2. Illegale Schriftstücke	2817
3. Ziel kriminaltechnischer Urkundenuntersuchung	2818
III. Urkundenmaterialien	2818
1. Papier	2818
2. Kunststoffe	2819
3. Schrifteinfärbemittel	2819
4. Klebstoffe	2820
5. Elektronische Dokumente	2820
6. Sonstige	2821
IV. Verfahren	2821
1. Drucktechnik	2822
2. Elektrofotografie	2824
3. Maschinenschriften	2826
V. Sicherungstechnik	2828
VI. Prinzipielle Untersuchungsmethoden	2831
1. Optisch-physikalische Methoden	2831
2. Analytische Methoden	2833
VII. Spezielle Untersuchungsmethoden	2835
1. Schriftausgabegeräte	2835
2. Drucktechnische Untersuchungen	2837
3. Papieruntersuchungen	2839
4. Strichkreuzungen	2840
5. Briefhüllenzweitverschluss	2840
6. Eindrucksuren/Latente Schriftzeichen	2841
7. Altersbestimmungen	2841
8. Trennspuren	2843
9. Analyse von Schrifteinfärbemitteln	2843
10. Ausweisuntersuchungen	2843
VIII. Ausblick	2845
§ 75 Forensische Schriftvergleichung	
I. Einführung	2846
II. Grundlagen der Schreiberidentifizierung	2847
1. Begriffsbestimmung	2847
2. Psychophysiologische Aspekte des Schreibens	2847
3. Individualität der Handschrift	2849

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Methodik der forensischen Handschriftenuntersuchung	2850
1. Physikalisch-technische Untersuchungsverfahren	2850
2. Schriftvergleichende Analyse	2853
3. Bewertung der Befunde und Schlussfolgerung	2855
IV. Form- und Inhaltserfordernisse schriftvergleichender Gutachten	2856
V. Fehlerquellen in Schriftgutachten	2859
VI. Zusammenfassung	2860
§ 76 Sprechererkennung und Tonträgerauswertung	
I. Einleitung	2863
II. Forensische Sprechererkennung	2864
1. Besondere Kennzeichen der Forensischen Sprechererkennung	2864
2. Faktoren der Sprecherindividualität	2866
3. Sprecherspezifische Merkmale im forensischen Stimmenvergleich	2870
4. Sprechererkennung durch Experten	2873
5. Sprechererkennung durch Laien	2881
6. Kriminaltechnische Begutachtung	2882
III. Tonträgerauswertung	2885
1. Spracherkennung (Phonetische Textanalyse)	2885
2. Tatrekonstruktionen und perzeptuelle Tests	2886
3. Analyse nichtsprachlicher akustischer Vorgänge	2886
4. Elektronische Sprachverbesserung	2886
5. Authentisierung	2887
6. Analyse der elektrischen Netzfrequenz (ENF)	2888
§ 77 Autorenerkennung	
I. Einleitung	2891
1. Begriffsklärung	2891
2. Autorenerkennung als kriminaltechnische Disziplin in Deutschland	2891
II. Methodische Grundlagen	2892
1. Texte als Untersuchungsgegenstand	2892
2. Sprachwissenschaftliche Grundannahmen	2893
3. Analyse sprachlicher Merkmale	2893
III. Untersuchungsverfahren	2895
1. Materialkritik	2895
2. Linguistische Textanalyse	2896
3. Linguistischer Textvergleich	2897
4. Abgleich mit der Zentralen Tatschreibensammlung	2898
IV. Qualitätsmerkmale und Kompetenzerfordernisse	2898
V. Ausblick: Automatisierte Verfahren	2899
§ 78 Identifikation von Personen auf Bildern	
I. Allgemeines	2901
II. Prinzip der Bildidentifikation	2903
III. Rechtsgrundlagen	2905
IV. Verfahren und Geräte	2908
V. Merkmale	2910
VI. Gutachten	2912
VII. Vorauswahl	2914
VIII. Fallgruppen	2914
IX. Vorbehalte	2915
X. Institutionalisierung, Sachverständige	2915

Inhaltsverzeichnis

§ 79 Spurensicherung im Bereich der forensischen Informations- und Kommunikationstechnik sowie der Digitalelektronik	Seite
I. Einleitung	2917
1. Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik	2917
2. Strafrechtliche Aspekte	2919
II. Sicherung digitaler Spuren	2919
1. Zuständigkeiten	2919
2. Sicherstellung	2920
3. Grundlagen der Untersuchungen	2921
III. Durchführung der Spurensicherung im Bereich der forensischen Informations- und Kommunikationstechnik und Digitalelektroniker Geräte	2923
1. PC und Festplatten	2923
2. Flash-Speicher	2924
3. Mobilfunkgeräte	2925
4. Navigationsgeräte	2927
5. Kfz-Elektronik	2927
6. Weitere Digitalelektronische Geräte	2928
7. Täterseitig erstellte Digitalelektronik	2929
8. Verschlüsselte Daten und Geräte	2929
IV. Zusammenfassung	2930

3. Abschnitt. Verteidigung und Sachverständiger

§ 80 Auswahl und Kontrolle des Sachverständigen	
I. Situation in der Praxis	2931
1. Einführung	2931
2. Bedeutung der Auswahl eines Sachverständigen	2932
3. Auswahl des Sachverständigen in der Praxis und Abgrenzungsprobleme	2933
4. Problematik des Zweitgutachtens	2935
5. Problematik des Selbstladungsrechts	2935
6. Stellungnahme in der Rechtsprechung	2936
II. Sachverständigenauswahl im Ermittlungsverfahren	2936
1. Mögliches Vorgehen der Verteidigung	2936
2. Bedeutung des § 73 Abs. 1 StPO	2941
III. Sachverständigenauswahl im Zwischenverfahren	2942
1. Mögliches Vorgehen der Verteidigung	2942
2. Spezielle Vorgehensmöglichkeiten	2943
IV. Sachverständigenauswahl in der Hauptverhandlung	2943
1. Mögliches Vorgehen der Verteidigung	2943
2. Erstmalige Einbeziehung eines Sachverständigen in der Hauptverhandlung	2944
V. Zusammenfassung	2944

§ 81 Technik der Befragung von Sachverständigen

I. Einleitung	2946
II. Allgemeines zur Vernehmung des Sachverständigen	2947
III. Zielsetzung	2948
IV. Umsetzen der Zielvorgabe	2949
1. Vorbereitung	2949
2. Befragung	2958

Inhaltsverzeichnis

Teil M. Allgemeine Kriminalistik		Seite
§ 82 Organisation der Sicherheitsbehörden		
I. Einleitung		2964
II. Polizeibehörden		2964
1. Polizeipräsidien/-direktionen		2964
2. Landeskriminalämter		2965
3. Bundeskriminalamt		2965
4. Bundespolizei		2967
III. Finanzbehörden		2968
1. Zollkriminalamt		2969
2. Steuerfahndung		2970
3. Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS)		2970
IV. Nachrichtendienste		2971
1. Verfassungsschutz		2971
2. Bundesnachrichtendienst		2971
3. Militärischer Abschirmdienst		2972
V. Neuere Kooperationsformen		2972
1. Gemeinsamen Finanzermittlungsgruppe BKA/ZKA im Bundeskriminalamt (GFG)		2973
2. Gemeinsame Grundstoffüberwachungsstelle (GÜS)		2973
3. Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum Illegale Migration (GASIM)		2973
4. Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)		2974
5. Gemeinsames Internetzentrum (GIZ)		2974
6. Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ)		2975
7. Nationales Cyber-Abwehrzentrum (NCAZ)		2975
8. German Competence Center against Cybercrime e. V. (G4C)		2975
VI. Internationale Einrichtungen und polizeiliche Zusammenarbeit		2975
1. Bi- und multilaterale Verträge		2975
2. Europäische Polizeibehörde – Europol		2976
3. Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache – FRONTEX		2976
4. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung – OLAF		2977
5. Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation IKPO – INTERPOL		2977
VII. Ausblick		2978
§ 83 Operative Fallanalyse		
I. Einführung		2982
1. Begriffsbestimmung		2983
2. Entwicklung der Operativen Fallanalyse in Deutschland		2984
II. Methodik und Methodologie der Fallanalyse		2987
1. Fallanalytische Methoden		2987
2. Grundprinzipien der Fallanalyse		2990
3. Heuristische Grundprinzipien		2990
4. Methodologische Grundprinzipien der Fallanalyse		2996
5. Modell zum Ablauf einer Fallanalyse		3002
III. Fallanalyse 2.0 – Desiderata einer Fortentwicklung der Fallanalyse-Methodik im 21. Jahrhundert		3003
1. „Digitale“ Aktivitäten beeinflussen immer mehr das tägliche Leben		3003
2. Rückgang der Zahlen im Bereich der schweren Gewaltkriminalität		3003
3. Vermehrung kommunikativer Möglichkeiten sowie Erweiterung von Wissenszugängen		3004
4. Fallanalytische Bewertung von Risiko		3004
5. Ausblick		3005
Sachverzeichnis		3007